

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 121. Ratssitzung vom 11. Dezember 2020

3330. 2020/396

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 120, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 038. und 039.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Die Spitäler waren verpflichtet, bis April 2020 das elektronische Patientendossier einzuführen. Die Gesundheitsdirektion hat die Stadt angewiesen, sich zu diesem Zweck der gemeinnützigen Axsana AG als Stammgemeinschaft anzuschliessen. Daraufhin haben die Stadtspitäler mit der Axsana einen Vertrag abgeschlossen, gemäss welchem die Axsana ein Stammgemeinschafts-managementsystem anbieten muss. Auf diesem System befindet sich auch das elektronische Patientendossier. Die Stadtspitäler bezahlen dafür eine Gebühr an die Axsana. Bei der Zertifizierung des Stammgemeinschaftsmanagementsystems gab es eine Verzögerung. Daran war teilweise auch der Bund schuld. Die RPK hat sich eingehend damit befasst. Ich gehe aus zeitlichen Gründen nicht im Detail auf die Untersuchungen ein. Tatsache ist: Das elektronische Patientendossier ist bis heute noch nicht in Betrieb. Es sieht so aus, als ob das Stammgemeinschaftsmanagement-system ab dem 2. Quartal 2021 von der Axsana zur Verfügung gestellt werden könnte. Wir wissen es aber nicht mit Sicherheit. Das Stammgemeinschaftsmanagementsystem hätte bereits im April 2020 zur Verfügung gestellt werden sollen. Eine Mehrheit der RPK ist deshalb der Ansicht, dass keine Gebühren für das Jahr 2021 bezahlt werden sollten, solange der Kern der vertraglich vereinbarten Leistung nicht erbracht ist. Der Kern besteht darin, dass die Axsana ein Stammgemeinschaftsmanagementsystem zur Verfügung stellt. Auch wenn die Axsana bereits gewisse Vorarbeiten getätigt hat, bringt das den Spitalern nichts, solange sie das Stammgemeinschaftsmanagementsystem nicht nutzen können. Deshalb beantragt die Mehrheit der RPK, die Gebühren für das Jahr 2021 zu streichen. Sollte das Stammgemeinschaftsmanagementsystem 2021 von der Axsana tatsächlich zur Verfügung gestellt werden, kön-

nen die Gebühren immer noch anteilmässig mittels Nachtragskredit eingestellt und bezahlt werden.

Walter Angst (AL): Wenn wir das Konstrukt der Axsana betrachten, schaudert es uns. Die Vorstellung, dass eine gemeinnützige AG, zusammengesetzt aus Gesundheitsdirektoren oder Alt-Gesundheitsdirektoren, zuständig sein soll für den Aufbau des Computersystems, das unsere Daten beinhaltet und das die Spitäler bei der Erbringung der Leistungen unterstützen soll, ist keine Schnapsidee, sondern Wahnsinn – aus Datenschutzgründen und aus weiteren Gründen. Man hätte dieses Konstrukt von Anfang an stoppen müssen. Die Koalition der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren versuchte, die Sache sauber aufzugleisen und umzusetzen. Es ist aber nur peinlich. Daher haben wir volles Verständnis für das Anliegen der SP. Natürlich passt es gut, dass nicht Regierungsrat Mario Fehr Präsident der Axsana ist, sondern Alt-Regierungsrat Thomas Heiniger. Es wäre aber wohl nicht anders herausgekommen, wenn es Mario Fehr wäre. Die Frage ist, was wir nun tun können. Wir haben einen Vertrag und wir brauchen das System. Sonst wird es schwierig, auch mit den Spitälern. Wir könnten nun als Gemeinderat entscheiden, dass die Gebühren nicht bezahlt werden sollen. Meiner Meinung nach ist jedoch der Stadtrat zuständig, um zu prüfen, ob die Bedingungen laut Vertrag von der in den Jahren 2020 und 2021 zu leistenden Zahlung überprüft werden müssen. Wenn es vertraglich klar ist, dass die Gebühren nicht bezahlt werden müssen, soll kein Rappen ausbezahlt werden. Darüber sind wir uns in der RPK vermutlich einig. Wenn der Fall aber anders liegt und es möglicherweise auch wirtschaftlich in unserem Interesse ist, dass die Beiträge bezahlt werden – so habe ich zumindest den Vorschlag vom Verband der Spitäler verstanden –, müsste man eine Lösung finden – dies aber auf der Ebene der Verwaltung. Dass wir politische Strafaktionen an einem heiklen Dossier vornehmen, Gelder nicht sprechen und denken, wir könnten im Gemeinderat Stadtrat und Verwaltung spielen, halten wir für falsch. Wir bitten Sie, dem Betrag zuzustimmen und dem Stadtrat eindringlich den Auftrag zu geben, dafür zu sorgen, dass wir nicht Geld ausgeben, das wir nicht zwingend ausgeben müssten, und dass alles auf einen besseren Weg kommt.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Ich bin dankbar für die Worte von Walter Angst (AL). Sie entsprechen auch der Begründung, weshalb wir nun in die Minderheit wechseln. Es liegt nicht daran, dass wir keine Sympathie für den Antrag oder Achtung und Respekt vor den Leuten, die das Thema in der RPK vorangetrieben haben, hätten. Im Gegenteil. Wir möchten sie ermuntern, dies weiterhin zu tun. Wir möchten dem Stadtrat aber auch den Auftrag geben, die hier vorliegende Frage richtig zu prüfen. Es ist nicht so, dass wir unsere Position fundamental ändern, nur weil wir in die Minderheit wechseln. Aber wir sind zur Einsicht gekommen, dass es ein Thema des Stadtrats ist. Das Verwalten der Verträge sollte durch den Stadtrat vorgenommen werden. Die RPK wird die Situation und das Vorgehen des Stadtrats im Auge behalten.

Alan David Sangines (SP): Ich möchte die Debatte nicht verlängern. Aber was nun gesagt wurde und die Tatsache, dass die FDP überraschend zur Minderheit gewechselt hat, darf nicht unwidersprochen bleiben. Wir haben die Axsana-Prüfung, die die RPK durchgeführt hat, online gestellt. Sie ist dem gesamten Gemeinderat zugänglich. Wir haben uns wochenlang mit dem Thema beschäftigt und sind in der RPK zum Schluss gekommen, dass die vertraglichen Leistungen durch die Axsana nicht erbracht worden sind. Wir haben darum ein Schreiben an den Stadtrat gesendet und darauf hingewiesen, dass wir es so verstehen, dass die vertragliche Leistung nicht erbracht worden ist, weil das Stammgemeinschaftsmanagementsystem noch nicht bereit sei. Wir haben dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben, zu erklären, warum es trotzdem eine vertragliche Verpflichtung geben könnte, die Gebühren zu bezahlen. Er aber sagte, man bezahle die Gebühren aus Goodwill. Nun heisst es seitens AL und FDP plötzlich, das Kontraktmanagement liege beim Stadtrat. Ich frage mich, was wir in der RPK tun und weshalb wir dem Stadtrat überhaupt ein Schreiben zugestellt haben. Man macht sich damit lächerlich. Man hätte in der RPK die Möglichkeit gehabt, das Schreiben zu ändern, eine andere Vertragsauslegung vorzunehmen. Zur Vorgeschichte: Die Axsana hat der Stadt bereits für 2020 Gebühren in Rechnung gestellt für eine Leistung, die von der Axsana nicht erbracht worden ist. Die Stadt hat reagiert und geschrieben, die Gebühren seien ersatzlos zu stornieren. Daraufhin intervenierte der Spitalverband, von dem ein Teil der Mitglieder Miteigentümer der Axsana sind. Walter Angst (AL) hat dieses Konstrukt vorher zu Recht kritisiert. Es wurde gesagt, man solle wenigstens 50 % der Gebühren bezahlen – aber nicht aus vertraglicher Pflicht, sondern aus Goodwill. Wir haben in der RPK alles ausführlich behandelt und dann heisst es heute im Rat überraschend, vertraglich sei die Sachlage doch nicht klar. Das ist aus meiner Sicht keine seriöse Arbeit. Ich frage mich, was in der Zwischenzeit geschehen ist, dass man plötzlich befürwortet, dass diese Gebühren bezahlt werden sollen. Die Gebühren sollen dann bezahlt werden, wenn eine Leistung erbracht worden ist und nicht für irgendwelche Vorarbeiten, die man sowieso nicht nutzen kann, solange das Stammgemeinschaftsmanagementsystem nicht besteht. Ich hoffe, dass auch die FDP sich wieder darauf zurückbesinnt, was wir in der RPK festgestellt haben und welches Schreiben wir in der RPK einstimmig an den Stadtrat geschickt haben.

Walter Angst (AL): Die Kompetenz der RPK daran zu messen, ob man den Budgetantrag der SP unterstützt oder nicht, halte ich für falsch. Die Kompetenz der RPK liegt darin, in einem aufsichtsrechtlichen Auftrag Hinweise zu geben und den Stadtrat beim Wort zu nehmen, dass er das tut, was er tun muss: Dies zu überprüfen und die Aufsicht bei den Beteiligungen, deren im vorliegenden Fall zwar nur über Umwege eine vorhanden ist, aber dennoch eine existiert, zu prüfen. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir den Kürzungsantrag nicht für sinnvoll halten. Ich weiss nicht, warum Alan David Sangines (SP) uns nun kritisiert. Abgesehen davon dürfen andere Parteien auch klüger werden. Die RPK gewinnt, wenn sie vernünftige Anträge stellt, und nicht, wenn sie aus Prinzip, weil man etwas herausgefunden hat, Recht erhält.

Severin Pflüger (FDP): Ich entschuldige mich dafür, dass wir den Wechsel zur Minderheit intern nicht angekündigt haben. Das ist ein Schönheitsfehler. Es war nicht gut, aber es soll unsere Beziehung nicht vergiften. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die RPK, die Kompetenz der RPK und die Glaubwürdigkeit durch diesen Schwenker der FDP nicht gelitten haben. Die FDP ist der Meinung, dass der Stadtrat die Angelegenheit überprüfen soll. Daran halten wir nach wie vor fest. Auch wir sind zu 90 % der Ansicht, dass die Gebühren nicht zu bezahlen sind. Wir möchten dies aber korrekt abgeklärt haben. Alles andere, was Alan David Sangines (SP) gesagt hat, schwächt die RPK und die Funktion der RPK. Das war unnötig. Ich entschuldige mich nochmals, dass wir den Wechsel vorgängig nicht angekündigt haben.

Shaibal Roy (GLP): Wir müssen die Diskussion nun nicht unnötig verlängern. Es ist aber tatsächlich alles etwas seltsam. Severin Pflüger (FDP) hat sich für den Wechsel entschuldigt. Es entsteht tatsächlich eine Änderung bei den Mehrheitsverhältnissen. Dessen ist sich die FDP hoffentlich bewusst. Dass man diesen Wechsel erst zum jetzigen Zeitpunkt kommuniziert, ist technisch nicht das geschickteste Vorgehen. Es stellen sich gewisse Fragen, worin der Treiber für den Wechsel liegt. Die AL hat sich ihre Meinung gebildet. Das ist in Ordnung. Wir haben aber alle Fakten in der RPK erarbeitet und das bereits erwähnte Schreiben an den Stadtrat verfasst. Wir waren uns einig, dass das Schreiben genau so verfasst werden soll und wir klarstellen möchten, dass die Gebühren nicht bezahlt werden sollen. Diese Sachlage kann im Budget entsprechend abgebildet werden. Daran hat sich auch nichts geändert. Deshalb ist es absolut unverständlich, warum die FDP nun ihre Meinung geändert hat. Es ist ein fragwürdiger Prozess. Nicht für die RPK, sondern für die FDP.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Das Patientendossier ist ein sehr wichtiges nationales Projekt. Das Ziel ist, dass Sicherheit und Qualität im Gesundheitswesen weiter erhöht werden sollen. Ich würde es ebenfalls bevorzugen, wenn man bereits deutlich weiter wäre in diesem Prozess. Ich würde es bevorzugen, wenn wir bereits jetzt mit dem Projekt hätten starten können und es umsetzen könnten mit einer Firma, die die Leistung bereits erbracht hätte, und vor allem, dass wir die Zertifizierung des Bundes hätten. Andere Stammgemeinschaften kämpfen mit den genau gleichen Themen. Sämtliche Zürcher Spitäler sind bei der Axsana. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es würde überhaupt keinen Sinn machen, wenn wir nun eine Alternative suchen würden. Es wäre ein unternehmerisches Risiko, das dadurch noch deutlich höhere Kostenfolgen zur Konsequenz hätte. Die Axsana hat nicht nichts getan. Sie hat verschiedenste Vorarbeiten geleistet. Doch die Zertifizierung, die Anerkennung durch den Bund ist nach wie vor offen, sowohl bei der Axsana als auch bei den anderen Stammgemeinschaften. Wir visieren beim Stadtspital nicht einfach Rechnungen. Das kann ich garantieren. Wir sind sehr darauf erpicht zu kontrollieren, ob eine Rechnung berechtigt ist, ob sie Sinn macht, und ob sie im Budget ist. Wir werden die Leistungen im Detail überprüfen und prüfen, wie es nun

5 / 50

mit der Axsana weitergeht. Die Interessen des Stadtspitals werden wir selbstverständlich direkt bei der Axsana einbringen, wie wir es bis jetzt getan haben, und auch unsere Anliegen einfordern. Wir werden sie aber auch beim Verband Zürcher Krankenhäuser einbringen, der eine wichtige Rolle spielt, weil es wirklich wichtig ist, dass bezüglich des elektronischen Patientendossiers alle Zürcher Spitäler mit der gleichen Firma arbeiten können. Ich bitte den Rat, den Betrag wie vorgesehen im Budget zu belassen.

S. 109	30 3035 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Erfolgsrechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
038.	Antrag Stadtrat				-4 284 900	Minderheit
			84 700		-4 369 600	Mehrheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne) Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Keine Auszahlung an die Axsana AG, solange die vertraglich vereinbarte Leistung nicht erbracht wird. Bei Leistungserbringung im Jahr 2021 soll ein Nachtragskredit beantragt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 44 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Antrag 039.

Wortmeldungen siehe Antrag 038.

S. 109	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Erfolgsrechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				4 507 100	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)

32 900	4 474 200	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Enthaltung	Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
Begründung: Keine Auszahlung an die Axsana AG, solange die vertraglich vereinbarte Leistung nicht erbracht wird. Bei Leistungserbringung im Jahr 2021 soll ein Nachtragskredit beantragt werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 45 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Antrag 040.

Kommissionsmehrheit/-minderheit 1:

Felix Moser (Grüne): Es geht um Stellen beim Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ), der in der Stadt Zürich den Lead beim Thema Klima, bei der Bekämpfung des Klimawandels und bei den Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null hat. Die RPK hat nachgefragt, was bis anhin unternommen wird und ob es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Wir beantragen die Schaffung von vier neuen Stellen, um die Klimaziele rascher erreichen zu können. Davon sind zwei Stellen für Beratungen im Energiebereich vorgesehen. Schulung und Beratung ist sehr wichtig, um bekanntzumachen, welche Möglichkeiten vorhanden sind und was getan werden muss, gerade im Bereich Bauen. Bei der dritten Stelle geht es um eine Beschleunigung der Digitalisierungsverfahren mit dem Fokus auf energetische Massnahmen. Die vierte Stelle wäre zum einen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zum anderen für Ernährungsprojekte. Abfälle vermeiden anstatt zu recyceln gehört zum Besten, was man für das Klima tun kann. Die Ernährung wiederum trägt zu einem grossen Teil zum CO₂-Ausstoss bei. Vier Stellen sind angesichts der Wichtigkeit des Klimawandels nicht viel, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die AL beantragt für die gleichen Stellen einen Betrag von 400 000 Franken mit der Begründung, die Stellen würden voraussichtlich erst gegen Mitte Jahr besetzt und nicht per 1. Januar. Deshalb werden wir mit der AL stimmen.

Severin Pflüger (FDP): Bei den nun folgenden Anträgen handelt es sich um Anträge, die nur gut gemeint sind, viel kosten und nichts nützen. Sie werden eine Mehrheit finden, obwohl alle wissen, dass sie nichts bringen werden. Bei Antrag 40 geht es um Stellen, die im UGZ geschaffen werden sollen. Der UGZ hat den Lead im Klimaschutz. Bereits dort beginnt das Problem. Wenn die Stadt etwas gegen den Klimawandel tun möchte, sollte man den Lead in allen Departementen und in allen Dienstabteilungen und

nicht nur im UGZ haben. Wenn der Lead nur im UGZ ist, nützen auch 4, 6 oder 10 Stellen nichts, denn wir haben dort bereits im vergangenen Jahr einen Betrag bewilligt, um Stellen für 10 zusätzliche Mitarbeitende zu schaffen. Mit exakt jenen Aufgaben, die nun wieder formuliert sind. Diese 10 Mitarbeitenden stehen sich bereits auf den Füßen herum. Ausser einigen kleinen PR-Gags, die niemand zur Kenntnis genommen hat, haben sie nicht sehr viel getan. Wenn man nun noch 4, 5 oder 6 Personen hinzufügt, ändert das nichts. Es macht es nicht besser. Und wenn man im nächsten Jahr der Ansicht ist, man müsse erneut 4 bis 6 Stellen hinzufügen, und das bis 2030 so weitergeht, haben wir zwar ungefähr 100 Personen, die dort arbeiten, aber nichts tun, ausser ab und zu einen PR-Gag zu kreieren. Wenn der Stadtrat den Klimawandel ernst nimmt, sollte man das Thema in allen Departementen angehen. Diesbezüglich sollte nicht unbedingt der UGZ den Lead haben. Es sollten vielleicht jene den Lead haben, die viel CO₂ ausstossen, wie etwa die Liegenschaftenverwaltung, das Hochbaudepartement oder das Tiefbaudepartement. Dann würde man etwas erreichen. Der vorliegende Antrag ist für das gute Gewissen. Man beantragt einige Stellen und hofft, dass sich jemand um das Thema kümmert, damit man sich selber nicht mehr darum kümmern muss.

Michael Schmid (FDP): *Severin Pflüger (FDP) hat nun nur budgetrechtlich argumentiert. Das ist auch richtig für ein RPK-Mitglied. Ich möchte aber noch einen Hinweis platzieren, der auch für die folgenden Anträge gilt: Was gefordert wird – die Umsetzung von Netto-Null bis 2030 – ist verfassungswidrig. Verankert ist derzeit in der Gemeindeordnung das Ziel, dass bis im Jahr 2050 die CO₂-Emissionen auf eine Tonne pro Kopf und Jahr gesenkt werden sollen. Darum geht das so natürlich nicht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Es ist immer einfach zu sagen, es sei nichts passiert. Es ist despektierlich. Wir haben bereits mehrfach aufgezeigt, was konkret getan wurde. Das Tempo wurde im Klimaschutz massiv erhöht. Wir haben zahlreiche grosse Themen bearbeitet, die auch kurz vor dem Abschluss stehen. Wir werden bald den Weg zu Netto-Null aufzeigen. Man kann dies aber nicht einfach so schnell realisieren. Es handelt sich um ein Projekt, das selbstverständlich mit anderen Dienstabteilungen und mit anderen Departementen realisiert wird, weil richtigerweise verschiedene Beteiligte involviert werden müssen. Der Gesamtlead ist im UGZ respektive im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD). Viele Projekte kommen nun in die Finalisierungsphase und danach in die Umsetzung. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet. Mit dem neuen UGZ-Direktor profitieren wir von zusätzlichem Schwung im UGZ. Ich freue mich, die Resultate bald präsentieren zu können. Der Rat wird die Resultate danach beurteilen können. Wir haben die Anfrage der RPK zu möglichen zusätzlichen Stellen erhalten. Wir haben nicht gesagt, dass wir die Stellen wollen. Wir haben aufgezeigt, wo mit welchen Themen grundsätzlich noch mehr machbar wäre. Wir haben aber das Tempo bereits spürbar erhöht. Man wird dies Anfang 2021, wenn dann auch die Resultate vorliegen, noch deutlicher*

spüren. Ob man uns die Stellen gibt oder nicht, ist nicht matchentscheidend für den momentanen Prozess, in dem wir uns befinden. Wir haben das Tempo erhöht und haben die entsprechenden Mittel bereits eingestellt, nicht nur im GUD oder im UGZ. Auch die anderen Departemente haben verschiedenste Mittel im Bereich des Klimaschutzes für das Jahr 2021 oder auch im Finanz- und Aufgabenplan für weitere Jahre budgetiert. Ich kann gut damit leben, wenn man uns das im Moment so bewilligt, wie wir es im Stadtrat beantragt haben. Wenn der Gemeinderat noch einen zusätzlichen Betrag bewilligen will, kann er das tun. Dann werden wir zusätzliche Themen aufnehmen. Wir sind aber bereits gut auf Kurs und werden bald verschiedenste Lösungen präsentieren.

S. 239	30 3045 3010 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
040.	Antrag Stadtrat				17 050 500	Minderheit 1
				600 000	17 650 500	Mehrheit
				400 000	17 450 500	Minderheit 2
		Begründung:	Grüne/SP: Umsetzung Massnahmen zur Erreichung Klimaziel: 4 neue Stellen (2 Beratung Energiebereich, 1 Digitalisierung Baubewilligungsverfahren, 0,6 Kreislaufwirtschaft, 0,4 Ernährung); AL/GLP: 4 Stellen ab Mai 2021 – für Beschleunigung Umsetzung Klimaziele			

Felix Moser (Grüne) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 72 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 041. bis 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Alan David Sangines (SP): Der Stadtrat hat Klimamassnahmen definiert, um das Ziel Netto-Null zu erreichen. Er hat, wie wir soeben gehört haben, bereits begonnen, das Tempo zu erhöhen. Wir haben der Verwaltung die Frage gestellt, welche Mittel sie benötigen würde, wenn man das Thema beschleunigt umsetzen möchte. Das Departement von Stadtrat Andreas Hauri hat uns mitgeteilt, dass man mit Budgeterhöhungen in den Bereichen Digitalisierung von Baubewilligungsverfahren, Auf- und Ausbau der Kreislaufwirtschaft, Förderung von Innovationsvorhaben und Massnahmen zu klimafreundlicher Verpflegung die Umsetzung der Massnahmen beschleunigen könnte. Aus diesen Gründen beantragt eine Minderheit der RPK nun die von der Verwaltung vorgeschlagenen Mittel zur Beschleunigung der Umsetzung der Klimamassnahmen. Der Klimawandel ist ernst. Es ist wichtig, dass wir möglichst schnell beginnen. Wir haben heute einmal mehr gehört, dass auf der FDP-Seite der Klimawandel noch nie als allzu grosse Problematik betrachtet wurde. Doch wir sind der Meinung, dass man den Gemeinderat dazu aufrufen muss, die alarmierende Situation zu erkennen und eine Beschleunigung einzuleiten. Der Stadtrat und die Verwaltung wissen durchaus, was sie mit dem Geld anfangen sollten. Sie haben konkret aufgezeigt, wo sie das Tempo beschleunigen könnten. Deshalb möchten wir diese Beträge sprechen und vorwärtsmachen.

Severin Pflüger (FDP): Der Klimawandel hat für die Mehrheit und für die FDP eine grosse Bedeutung. Daran ändert sich auch nichts, wenn Alan David Sangines (SP) entgegen seinem Wissen etwas anderes behauptet. Bei den vorliegenden Anträgen wird gefordert, dass man erhebliche Mittel für das Ziel 2030 Netto-Null bewilligt. Tatsache ist: In der Gemeindeordnung der Stadt ist momentan das Ziel «1 Tonne bis 2050» festgelegt. Das ist das Ziel, das wir aktuell verfolgen müssen und das Ziel, mit dem wir budgetieren müssen. Für das Ziel 2030 Netto-Null gibt es einen Prozess. Wir haben eine Motion und Stadtrat Andreas Hauri arbeitet daran, diesen Prozess umzusetzen. Wir sind sehr gespannt, was er im nächsten Frühling präsentieren wird und werden uns dann wieder dazu äussern. Dass über ein Jahr Zeit benötigt wurde, ist klar. Stadtrat Andreas Hauri hat aber auch gesagt, dass er momentan keine weiteren Stellen benötigt. Somit benötigt er das Geld, das nun budgetiert werden soll, nicht. Der Prozess sollte so ablaufen, dass man das Geld verwendet, wenn man weiss, worum es geht. Der Stadtrat hatte im Übrigen ein Gutachten in Auftrag gegeben und gefragt, wie realistisch es sei, dass wir das Ziel Netto-Null bis 2030 erreichen. Das Gutachten stellte fest, dass das nicht gelingen werde. Es gelingt auch nicht, wenn man noch sehr viel mehr Geld bewilligt. Es handelt sich um reine Effekthascherei und hat nicht im Geringsten Auswirkung auf den Klimawandel. Es ist schade, wenn man auf diese Weise Politik macht und den anderen vorwirft, das Klima habe für sie keine Bedeutung.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Wir haben nun gehört, was offenbar alles nötig ist, und die FDP hat berichtet, welche Patentrezepte sie hätte. Das Problem besteht aber vielmehr darin, dass ein Grundlagenmissverständnis über die Zuständigkeiten in der Verwaltung und im Gemeinderat vorliegt. Die SP hat nach einer Wunschliste gefragt und der UGZ fiel darauf herein. Stadtrat Andreas Hauri sagte zwar, er habe gar nicht mehr Stellen haben wollen, aber das sind nun die Folgen davon. Die Beträge, die hier beantragt sind, gründen darauf, dass der UGZ auf Anfrage diese Auskunft im Sinne einer Wunschliste gegeben hat. Die Spendierfreudigkeit, die vorhanden ist, wird ausgenutzt. Bereits vor einem Jahr wurden einige Stellen gesprochen. Diese Stellen wurden besetzt. Diese Personen müssen aber zuerst die Grundlagen erarbeiten. Sie müssen sicherstellen, dass Aufträge erteilt werden können, auch an Externe. Wenn man die Beträge betrachtet, die auf den Konti eingestellt sind, handelt es sich um Beträge, bei denen man davon ausgehen könnte, dass sie nicht zusätzlich benötigt werden. Man könnte auch mit dem normalen Budget auf den Konti arbeiten. Falls allenfalls zusätzliche Mittel nötig werden sollten und die bereits eingestellten Personen tatsächlich im Mai 2021 ihre Stellen antreten und bereits im August tolle Vorschläge erarbeiten, die zur Folge haben, dass man Dritte mit Aufträgen beauftragen müsste, könnte der Stadtrat in den Nachtragskrediten II immer noch einen entsprechenden Antrag stellen. Ich zweifle jedoch daran, dass dies überhaupt nötig sein sollte. In diesem Sinne sind die Anträge abzulehnen.

Ernst Danner (EVP): Die EVP wird die Serie von Anträgen ablehnen. Wir sind mit voller Überzeugung bei der Klima-Allianz dabei. Der Grund für unsere Ablehnung liegt darin, dass wir nicht überzeugt sind, dass die Anträge wirklich einen Mehrwert für die Klimaproblematik bringen. Wir sind überzeugt: Wenn man in allen Bereichen mit genügend Nachdruck und mit genügend Intensität arbeiten würde, würde das Budget des Stadtrats ausreichen, um die nötigen Massnahmen umzusetzen. Der Stadtrat befindet sich auf der Linie des Klimabudgets. Er hat entsprechend der Klimaziele budgetiert. Deshalb halten wir die nun beantragten Erhöhungen nicht für nötig.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es handelt sich um einen typischen Antrag von linker Seite, einem sogenannten Panikmache- und Polemikantrag. Der Stadtrat ist rot-grün dominiert und tut bereits einiges für das Klima. Es ist unbestritten, dass man dem Klima und der Natur Sorge tragen soll. Aber was hier getan wird, ist in etwa, wie wenn man den Stadtrat links von der Leitplanke überholen würde. Man will noch mehr Tempo machen. Es wird zu einer Raserei angesetzt, die unglaublich ist. Man kann sich fragen, wozu dies gut ist. Es handelt sich um reine Propaganda.

Samuel Balsiger (SVP): In einer Medienmitteilung der Stadt von 2007 stand, dass die Bilanz bezüglich der 2000-Watt-Gesellschaft durchzogen sei. Das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft ist, wie wir bereits oft erwähnt haben, utopisch. Sogar die Stadt selber sagt, dass man es nicht erreichen werde. Nicht einmal das niedrigere Ziel, das man früher an-

gesetzt hatte, wird erreicht. Bevor man noch höhere Luftschlösser baut, sollte man zuerst das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen. Niemand bestreitet, dass es einen Klimawandel gibt. Die Frage ist, wie hoch der menschengemachte Einfluss auf das Klima ist, und inwieweit wir bereit sind, etwas von unserem Wohlstand aufzugeben, um unseren Einfluss auf den Klimawandel zu verringern. Praktisch alle Linke im Rat arbeiten mit Apple-Produkten. Diese Produkte werden in Kalifornien designt, in China gebaut und mit Schiffen über den Ozean in die Schweiz transportiert. Im Hintergrund arbeiten Cloud-Rechenzentren mit riesigen Servern in den USA. Auch bei E-Mails oder Netflix sind Server im Hintergrund. Man fliegt auch weiterhin in die Ferien. Die Linken sind nicht bereit, den Wohlstand und die Annehmlichkeiten der modernen Welt aufzugeben. Das wäre nötig, wenn sie die Ziele ihrer Luftschlösser erreichen möchten. Doch weil weder die Linken noch normal denkende Menschen bereit sind, dies aufzugeben, bleiben es Luftschlösser.

Alan David Sangines (SP): Die FDP scheint sich plötzlich für das Klima zu interessieren. Die SVP wiederum hat von Panikmache und Polemik gesprochen. Auf der anderen Seite sagte sie, der Klimawandel sei real und man müsse verzichten. Es wird nicht klar, ob die SVP nun wirklich an den Klimawandel glaubt oder nicht. Es wurde von Luftschlössern gesprochen. Wir möchten betonen, dass wir die Anträge nicht aus der Luft gegriffen haben. Wir haben der Stadtverwaltung über unser RPK-Tool die Frage gestellt, welche Beträge wir einstellen müssten, wenn wir die Massnahmen beschleunigen möchten. Die Verwaltung nannte uns jene Beträge, über die wir in den nächsten sechs Anträgen abstimmen. Wir haben konkret gefragt, ob man die Massnahmen beschleunigen wolle. Der Stadtrat sagte, wenn wir dies wollten, müssten wir entsprechende Beträge einstellen. Die Entscheidung dafür, welche Antworten wir erhalten, liegt beim Vorsteher des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements. Die Antworten hätten auch lauten können, man könne nichts tun, um zu beschleunigen, man habe bereits alles budgetiert, was man brauche. Die Antwort lautete aber: Wenn man priorisieren und beschleunigen will, kann man die nachfolgenden Budgetanträge stellen. Wenn man sich irgendwo beeilen sollte, dann ist es bei der Bekämpfung des Klimawandels. Dort sind wir nämlich bereits spät dran.

S. 240 30
3045
3102 00 000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Umwelt- und Gesundheitsschutz
Drucksachen, Publikationen

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
041.	Antrag Stadtrat			286 900	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

12 / 50

10 000	296 900	Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
--------	---------	------------	---

Begründung: Umsetzung der von UGZ vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung von «Netto-Null» bis 2030 (Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, Kreislaufwirtschaft, Förderung Innovationsvorhaben, klimafreundliche Verpflegung)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 042.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 240	30 3045 3130 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				291 300	Mehrheit
				30 000	321 300	Minderheit
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP) Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			Begründung: Umsetzung der von UGZ vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung von «Netto-Null» bis 2030 (Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, Kreislaufwirtschaft, Förderung Innovationsvorhaben, klimafreundliche Verpflegung)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

13 / 50

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 59 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

Antrag 043.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 240 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3045 **Umwelt- und Gesundheitsschutz**
3132 00 000 **Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
043.	Antrag Stadtrat			4 876 600	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
			830 000	5 706 600	Minderheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)

Begründung: Umsetzung der von UGZ vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung von «Netto-Null» bis 2030 (Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, Kreislaufwirtschaft, Förderung Innovationsvorhaben, klimafreundliche Verpflegung)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

14 / 50

Antrag 044.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 241	30 3045 3635 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit
				50 000	70 000	Minderheit
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP) Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
		Begründung:	Umsetzung der von UGZ vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung von «Netto-Null» bis 2030 (Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, Kreislaufwirtschaft, Förderung Innovationsvorhaben, klimafreundliche Verpflegung)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

15 / 50

Antrag 045.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 241 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3045 **Umwelt- und Gesundheitsschutz**
3636 00 000 **Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
045.	Antrag Stadtrat			165 000	Mehrheit
			200 000	365 000	Minderheit

Severin Pflüger (FDP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)

Begründung: Umsetzung der von UGZ vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung von «Netto-Null» bis 2030 (Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, Kreislaufwirtschaft, Förderung Innovationsvorhaben, klimafreundliche Verpflegung)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

16 / 50

Antrag 046.

Wortmeldungen siehe Antrag 041.

S. 242	30 3045 520000 / 5200 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Anschaffung Software / Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				769 000	Mehrheit
				180 000	949 000	Minderheit
			Begründung: Umsetzung der von UGZ vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung von «Netto-Null» bis 2030 (Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens, Kreislaufwirtschaft, Förderung Innovationsvorhaben, klimafreundliche Verpflegung)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Kommissionsreferentin:

Simone Brander (SP): Bei den Quartiervereinen in der Stadt Zürich handelt es sich um wichtige Organe für das Quartierleben und die Quartierentwicklung. Die Stadtverwaltung anerkennt die Quartiervereine als Sprachrohr der Quartierbevölkerung. Die Quartiervereine prägen den Quartiercharakter mit. Sie organisieren und unterstützen Aktivitäten mit lokalem Bezug im Bereich Kultur, Geschichte und Integration und tragen wesentlich zur Lebensqualität in den Quartieren bei. Es ist aber nirgendwo festgehalten, dass sie für den Unterhalt der öffentlichen Toiletten zuständig sind. Der Quartierverein Wipkingen hat dies in der Vergangenheit dennoch mit viel Engagement und Kreativität am Bahnhof

Wipkingen getan. Stadtrat Filippo Leutenegger konnte vor einigen Jahren als Ehrengast an der Wiedereröffnung teilnehmen. Leider wurde die wunderschön dekorierte öffentliche Toilette, auch bekannt als Wipkingen Palace, immer wieder Opfer von Vandalismus. Dies zehrte nicht nur an den Nerven des Quartiervereins Wipkingen, sondern hat sich finanziell auch in der Rechnung des Quartiervereins niedergeschlagen. Rund 8000 Franken hat der Quartierverein in den vergangenen Jahren jeweils für den Unterhalt der Toilette aufgewendet. Damit sich der Quartierverein künftig wieder auf seine guten Taten für das Quartier konzentrieren kann, beantragen wir, dass neu die Stadt für den Unterhalt der öffentlich zugänglichen Toiletten sorgt. Angesichts des Milliardenbudgets, über das wir zurzeit debattieren, ist es nur ein kleiner Wunsch aus dem betroffenen Quartier. Mit der Unterstützung des Antrags kann ein Zeichen für die Wertschätzung der Arbeit des Quartiervereins gesendet werden. Es gäbe in Wipkingen auch noch einen grösseren Wunsch. Der mit viel Liebe gepflegte Wipkinger Palace ist in die Jahre gekommen und entspricht nicht den Standards für öffentliche WC-Anlagen gemäss dem Masterplan ZüriWC. In den nächsten Jahren wird der Bahnhof Wipkingen umgebaut. Es wäre ein schönes Geschenk an das Quartier, wenn die Stadt auf die Eröffnung des umgebauten Bahnhofs hin eine WC-Anlage installieren könnte. Wenn dies klappen würde, würde der Quartierverein wiederum ein tolles Eröffnungsfest für das Quartier organisieren. Wir bleiben aber heute beim erwähnten kleinen Wunsch.

Weitere Wortmeldungen:

Raphaël Tschanz (FDP): *Die FDP-Fraktion wechselt von der Enthaltung in die Unterstützung des Anliegens. Es handelt sich um eine sinnvolle Investition in die Infrastruktur unserer Stadt.*

Stephan Iten (SVP): *Ich bin etwas enttäuscht von der FDP. Wenn es um die Unterstützung des Gewerbes geht, steckt die FDP den Kopf in den Sand und will keine Unterstützung bieten. Für Quartiergeschenke ist sie dann aber wieder bereit, Geld auszugeben. Man muss sich fragen, wo man hinkommen würde, wenn man im Budget für jedes Quartieranliegen Geschenke machen würde. Das geht nicht. Deshalb kann man diesen Antrag nicht unterstützen.*

Sven Sobernheim (GLP): *Die GLP bleibt in der Enthaltung. Ich kann das Thema aber nicht so stehen lassen. Es kam nun noch die Forderung, es brauche noch eine neue ZüriWC-Anlage am Bahnhof Wipkingen. Wir müssen uns überlegen, wie viele Geschenke wir der SBB machen wollen und welche Leistungen die SBB in unserer Stadt selber erbringen muss. Es kann nicht sein, dass wir am Bahnhof Oerlikon eine eigene Unterführung bauen mit Rampen, weil es die SBB nicht geschafft hat, Rolltreppen zu bauen. Der Lift wird von niemandem benutzt, weil wir uns selber eine Quartierverbindung gebaut haben. Wir würden der SBB auch noch eine WC-Anlage am Bahnhof Wipkingen bauen, obwohl es sich dabei klar um einen Auftrag handelt, der bei der SBB liegt. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht einfach die Kosten übernehmen, weil das Quartier bei der*

SBB kein Gehör findet. Wenn wir im Bahnhof Wipkingen das Mittelperron oder Aussenperron ersetzt erhalten, weil das behindertengerechte Bauen erfüllt werden muss, und sich der Stadtrat dann freut, dass wir neu eine durchgehende Unterführung erhalten und es dann aber bei Nachfragen plötzlich heisst, die andere Unterführung würde aufgehoben, dann ist es ein Eins-zu-Eins-Ersatz und ich freue mich, dass die SBB die Situation nicht noch schlechter macht als vorher. Das sind wir sonst meistens von ihr gewohnt. Wenn wir uns darüber freuen müssen, weil die SBB einen Ist-Zustand aufrechterhält, oder wenn die Stadt für die SBB einspringen muss, weil diese ihre Leistungen nicht erbringt, sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir anders verhandeln müssten. Deshalb möchte ich, auch wenn nun der Antrag angenommen wird, stark davon abraten, dass wir am Schluss auch noch selber für eine halbe Million eine ZüriWC-Anlage finanzieren und bauen und danach für die nächsten 30 Jahre zusätzlich noch für deren Unterhalt aufkommen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wir bleiben in der Enthaltung. Die FDP hat vermutlich einen Schwenker vorgenommen, weil sie die WC-Anlage für nötig hält, um die Klima-Anträge von Linksaussen-Rot-Grün hinunterzuspülen.*

Martina Zürcher (FDP): *Ich möchte auf die Vorwürfe reagieren. Sven Sobernheim (GLP) sollte sich bewusst werden, dass es sich bei dieser WC-Anlage um das am nächsten beim Röschibachplatz gelegene öffentliche WC handelt. Die nächsten, aber weiter weg gelegenen Anlagen befinden sich am Schaffhauserplatz und beim Wipkingerpark. Der Röschibachplatz ist ein schönes Zentrum von Wipkingen. Als Infrastruktur gehört eine öffentlich zugängliche WC-Anlage dazu. Zum Thema Gewerbe: Der Stadtrat hat den Auftrag, das Gewerbe zu unterstützen. Das soll er im Rahmen seiner Möglichkeiten tun. Die SBB hat primär einen Transportauftrag und keinen Auftrag, WC-Anlagen bei Quartiertreffpunkten zu bauen.*

Florian Utz (SP): *Ich bin etwas überrascht darüber, dass die Debatte über die WC-Anlage länger dauert als jene über einen Antrag zur Unterstützung des Gewerbes. Die SP hält es für richtig und wichtig, dass auch die Öffentlichkeit in Wipkingen ein öffentliches WC zur Verfügung hat. Das steht ausser Frage. Ich habe mich allerdings über das Votum von Martina Zürcher (FDP) gewundert. Wenn die FDP der Meinung ist, der Stadtrat solle den Auftrag haben, das Gewerbe zu unterstützen, muss die FDP diesen Auftrag auch geben und bei den entsprechenden Anträgen ihre Zustimmung geben.*

19 / 50

S. 240 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3045 **Umwelt- und Gesundheitsschutz**
3144 00 000 **Unterhalt Hochbauten, Gebäude**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
047. Antrag Stadtrat		8 000	1 990 000 1 998 000	Zustimmung	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Die Stadt Zürich soll neu den Unterhalt für das öffentlich zugängliche WC am Bahnhof Wipkingen übernehmen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 91 gegen 0 Stimmen (bei 29 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 048. bis 051.

Kommissionsreferentin:

Simone Brander (SP): Am 9. Februar 2020 wurden die kantonalen Vorlagen Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Volksabstimmung abgelehnt. Seither herrscht zur Frage, wie es beim Rosengarten weitergehen soll, seitens Regierungsrat und Stadtrat Stille. Im Abstimmungskampf waren sich alle Seiten einig, dass die Situation nicht so bleiben kann, wie sie heute ist. Der Autoverkehr am Rosengarten fährt aber weiterhin mitten durch das Quartier und verursacht Lärm und Schmutz. Vor einem Jahr haben wir im Budget 2020 Geld für Sofortmassnahmen am Rosengarten gesprochen. Nach der Abstimmung ist klar, dass der Ball, die Situation zu verbessern, wieder bei der Stadt liegt. Bei der Vorbereitung der Budgetdebatte habe ich erstaunt festgestellt, dass im

Budget 2021 bis jetzt kein Geld vorgesehen ist, um die von den betroffenen Quartieren gewünschten Sofortmassnahmen im Jahr 2021 endlich zu projektieren. Mit den Anträgen 48-51 sollen deshalb die vom Stadtrat auf 140 000 Franken geschätzten Kosten, die voraussichtlich im Jahr 2021 für verkehrstechnische Untersuchungen wie beispielsweise der Planung von Zebrastreifen und der Erweiterung der Busspur anfallen, auf den vier entsprechenden Konti eingestellt werden. Ich danke für die Unterstützung der Rosengarten-Anträge und warte gespannt darauf, welche Verbesserungen der Stadtrat im nächsten Jahr mit dem zusätzlichen Betrag angehen wird.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): *Simone Brander (SP), Markus Knauss (Grüne) und ich haben damals vor der Abstimmung an Podiumsdiskussionen teilgenommen. Damals wurde diskutiert, dass entweder ein Tunnel gebaut werde oder wir weiterhin den Status quo hätten. Die Bevölkerung wollte keinen Tunnel. Also will sie den Status quo beibehalten. Die Bevölkerung sagte auch: Wenn die Strasse aufgewertet wird, steigen die Mietpreise. Das will man auch nicht. Bereits vor einem Jahr wurde ein Antrag für Massnahmen gestellt. Damals ging es um die Überquerung der Rosengartenstrasse. Die Frage war, ob man Zebrastreifen und Lichtsignale machen will. Der Antrag hat nichts gebracht, denn es hat sich bis heute nichts getan. Nun wird erneut ein Antrag gestellt. Es wird eine weitere Sofortmassnahme gefordert. Der Stadtrat wird vermutlich nichts unternehmen. Der Kanton hat in dieser Sache ganz klar die Oberhand. Er wird keine dieser Fantasie-Ideen je umsetzen. Die Rosengartenstrasse ist eine sehr wichtige Strasse. Egal, welche Beträge man spricht, es wird nichts passieren. Auch nicht, wenn man nächstes Jahr wieder einen Antrag stellt, in dem Verbesserungsmaßnahmen gefordert werden, die nicht umsetzbar sind. Man sollte kein Geld bewilligen, das gar nicht verwendet werden kann.*

Sven Sobernheim (GLP): *Man kann schon sagen, die Stadt solle nichts machen beim Rosengarten. Man kann aber auch Regierungsrätin Carmen Walker Späh beim Wort nehmen, die sagte, die Zuständigkeit liegt bei der Stadt, um etwas zu unternehmen. Genau das wollen wir mit diesem Geld tun.*

Andreas Egli (FDP): *Die Anträge zu den Sofortmassnahmen am Rosengarten erinnern mich zunehmend an die Anträge, mit denen jeweils die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung gefordert wird. Auch dort stimmen wir immer wieder darüber ab, mit dem stets gleichen Resultat. In dem einen Fall wird die Fachstelle nicht abgeschafft und im anderen Fall wird zusätzliches Geld ausgegeben. Beides bringt nicht viel.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Ich werde nicht aufzählen, zu welchen Themen der Kanton bereits seine Zustimmung gegeben hat. Es ist nicht so, dass der Stadtrat nichts tut. Die Tatsache, dass wir kein Geld im Budget beantragt haben, heisst nicht, dass wir nichts tun. Doch wir können das, was wir tun wollen, mit dem bereits vorhandenen Geld umsetzen. Aber natürlich kann man immer auch noch mehr tun und Massnahmen noch schneller umsetzen. Es sind verschiedene Massnahmen in Prüfung. Die Abstimmung lautete nicht «entweder Tunnel oder gar nichts», sondern es ging darum, dass entweder ein Tunnel gebaut wird oder man sich überlegen muss, welche Massnahmen man an diesem Ort sonst umsetzen könnte. An diesem Punkt arbeiten wir nun. Die Leidensgeschichte der Rosengartenstrasse ist bereits einige Jahre oder sogar Jahrzehnte alt. Die Forderung bleibt stets gleich: Man müsse nun endlich etwas tun. Bei der Westtangente handelt es sich um ein Provisorium. Wir müssen etwas unternehmen, damit man dort eine gute Lebensqualität hat und vielleicht sogar zu Fuss der Strasse entlang gehen kann. Wir arbeiten daran, dies möglich zu machen. Natürlich nehmen wir den Betrag gerne entgegen, auch wenn wir ihn nicht direkt angefordert haben.*

S. 252	35 3515 510101 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat			35 000	7 933 100 7 968 100	Zustimmung Enthaltung
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Sofortmassnahmen und flankierende Massnahmen am Rosengarten			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 86 gegen 15 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

22 / 50

Antrag 049.

Wortmeldungen siehe Antrag 048.

S. 254	35 3515 513000 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049.	Antrag Stadtrat			35 000	6 913 100 6 948 100	Zustimmung Enthaltung
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Begründung: Sofortmassnahmen und flankierende Massnahmen am Rosengarten

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 84 gegen 14 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

23 / 50

Antrag 050.

Wortmeldungen siehe Antrag 048.

S. 261	35 3515 515000 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Radfahreranlagen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
050.	Antrag Stadtrat			35 000	5 753 000 5 788 000	Zustimmung Enthaltung
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Begründung: Sofortmassnahmen und flankierende Massnahmen am Rosengarten

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 87 gegen 14 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

24 / 50

Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 048.

S. 263	35 3515 528901 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Übrige Tiefbauten: Sammelkonto Erneuerungsunterhalt / Strassen/Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat			35 000	300 500 335 500	Zustimmung
					Enthaltung	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Sofortmassnahmen und flankierende Massnahmen am Rosengarten			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 86 gegen 14 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 052.

Kommissionsmehrheit:

Simone Brander (SP): Es geht um Treppen bei der Bushaltestelle auf der Nordbrücke, zwischen der Verbindung der Bushaltestelle stadtauswärts hinauf zum Platz, wo sich der «Garte über de Gleis» und das Restaurant Artisan befinden. Im Quartier besteht schon lange der Wunsch, dass man die beiden Bereiche besser miteinander verbindet und die Treppe entsprechend umbaut. Beide Bereiche sind Teile des Quartierzentrums. Von unten sieht man den Platz jedoch aufgrund der Mauer kaum. Die Mauer wirkt sehr abweisend. Der Wunsch nach einem Umbau wurde bereits im Schlussbericht zum Mitwirkungsprozess Verkehr Kreis 10 aus dem Jahr 2013 dokumentiert. Das Tiefbauamt

hat anschliessend eine Machbarkeitsstudie zum Umbau der Treppe erstellt. Seither ist aber nichts mehr passiert. Die Stadt ist der Meinung, der Umbau sei Sache der SBB, und die SBB ist der Meinung, die Stadt müsse die Mauer umbauen. Beide Seiten schieben sich seit Jahren gegenseitig die Verantwortung zu und es passiert nichts. In den vergangenen Tagen wurde mir von verschiedenen Seiten Unterstützung für das grundsätzliche Anliegen signalisiert. Allerdings wurde auch gesagt, man wolle das Anliegen lieber inhaltlich im Rahmen eines politischen Vorstosses diskutieren und nicht im Rahmen des Budgets. Diesen Vorschlag nehme ich gerne auf und ziehe deshalb den Antrag zurück. Ich bedanke mich bereits jetzt für die Unterstützung des entsprechenden politischen Vorstosses.

S. 252 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
3515 Tiefbauamt
510101 / Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto /
5010 00 000 Strassen/Verkehrswege

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
052.	Antrag Stadtrat			7 933 100	Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent
			50 000	7 983 100	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Umgestaltung der Treppe hinter der Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen stadtauswärts zum «Garte über de Gleis» gemäss Machbarkeitsstudie des Tiefbauamts				

Simone Brander (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 053.

Kommissionsreferent:

Hans Jörg Käppeli (SP): Das Projekt für zwei Haltestellen beim Balgrist liegt zurzeit öffentlich auf gemäss Paragraph 16. Die zwei neuen Haltestellen sind behindertengerecht. Das ist gut. Aber das ist auch bereits der einzige positive Punkt am Projekt. Die bestehende Linie 47 soll verlängert werden und es soll eine neue Buslinie vom Bahnhof Zollikon zum Balgrist eingeführt werden. Für den Betrieb hat der ZVV 1,85 Millionen Franken

in Aussicht gestellt. Für das dichtbevölkerte Affoltern, das ein ungenügendes Busangebot hat, will er keinen Franken ausgeben, aber hier wird mit der grossen Kelle angerichtet. Doch ausgerechnet das Kinderspital wird nicht gleich gut erschlossen wie die übrigen Institutionen beim Balgrist. Das Fahrplanverfahren wurde noch nicht durchgeführt und der Verkehrsrat hat es auch noch nicht genehmigt. Es braucht zwei neue Haltestellen, aber es gibt Fragezeichen dazu. So etwa, warum es aufwendige Busbuchten statt einfache Fahrbahnhaltestellen sein sollen. Die Haltestellen sollen nur provisorisch eingerichtet werden. Das Projekt kommt aber sehr aufwendig und wie ein Projekt für definitive Haltestellen daher. Um die Haltestelle in der Forchstrasse zu realisieren, ist Landerwerb nötig und es müssen vier Bäume gefällt werden. Dabei plant genau an jener Stelle das Universitätsspital Balgrist eine Umgestaltung. Die Gestaltung der Haltestelle in der Lenggstrasse wiederum ist sehr aufwändig bei einer Tempo-30-Strecke. Auch hier ist Landerwerb nötig und es müssen fünf stattliche Bäume gefällt werden. Damit wird der attraktive und grosszügige Vorplatz der Kirche verunstaltet. Das kommt einer städtebaulichen Sünde gleich. Ich frage mich, warum man diesen Aufwand betreibt, wenn die Kirchgemeinde ebenfalls Absichten hat, eine Umgestaltung vorzunehmen. Den behindertengerechten Haltestellen stehen zudem gefährliche Verschlechterungen für die zu Fuss Gehenden gegenüber. Die Fussgängerstreifen verlaufen neu über zwei Spuren. Man braucht somit doppelt so lange, um die Strasse zu überqueren. Wegen der Nähe zum Spital ist anzunehmen, dass mehr Menschen als im Durchschnitt in ihrer Mobilität eingeschränkt und langsamer unterwegs sind. Heute ist die Querung der Strasse übersichtlich. Aber künftig müsste man zwei Spuren überqueren und noch in zwei verschiedene Richtungen abbiegende Autos berücksichtigen. Die Fussgängerstreifen sollen in der Kurve liegen. Das macht es für Sehbehinderte sehr schwierig, sich zu orientieren. Normalerweise verlaufen Fussgängerstreifen rechtwinklig zum Trottoirrand. Bei der geplanten Anordnung besteht die Gefahr, dass Sehbehinderte vom Fussgängerstreifen abkommen und gefährdet sind. Für Sehbehinderte kommt zudem erschwerend dazu, dass die Trottoirfläche in der Kurve verkleinert wird und sie dort zum Beispiel mit parkierten Velos und Telefonkabinen kollidieren könnten. Bei diesem Projekt stehen nicht die Menschen und der öffentliche Verkehr im Vordergrund, sondern zusätzlicher Raum für Autos und neue zusätzliche Fahrspuren. Damit wird die versiegelte Fläche massiv vergrössert. Das Projekt ist mangelhaft, nicht mehr zeitgemäss und gefährlich. Statt neun Bäume zu fällen, Land zu erwerben und massiv die Strassenfläche zu vergrössern, müsste ein neues Projekt aufgelegt werden. Wenn es sich um ein Provisorium handeln soll, muss es auch mit geringerem Aufwand umsetzbar sein. Das Projekt wurde nicht gemäss Paragraph 13 aufgelegt. Damit hat man das Recht der Betroffenen verletzt. Es braucht ein neueres, einfacheres und kostengünstigeres Projekt. Dafür ist die Budgeterhöhung von 35 000 Franken für die Projektierung vorgesehen. Aber unter dem Strich würde sogar eine Kostensenkung resultieren, weil die späteren Baukosten massiv geringer ausfallen würden.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): Der Antrag ist ein Sammelsurium von Fehlern. Es fängt damit an, dass die Haltestelle Balgrist und nicht Forchstrasse heisst. Es soll auch nicht Platz für den motorisierten Individualverkehr geschaffen werden, sondern für den öffentlichen Verkehr. Hans Jörg Käppeli (SP) sagte, die Situation wäre für Fussgänger unzumutbar. Das ist falsch. Der betroffene Bereich liegt in einer Tempo-30-Zone. Zudem sind Mittelinseln geplant. Es stimmt leider tatsächlich, dass bei den Haltestellen in der Lenggstrasse fünf Bäume gefällt werden müssen, da der öffentliche Verkehr Platz benötigt. Dieser Platz ist aber sichergestellt. Der Plan ist aufgeschaltet. Die 2,5 Meter, die der heutigen Nachfrage entsprechen, sind garantiert. Die Haltestelle soll zum Beispiel vor der Parzelle Riesbach 5145 zu stehen kommen. Hans Jörg Käppeli (SP) sagte, es gebe zu wenig Platz für Fussgänger. Vor dem Kirchenturm hat es aber mehr als genügend Platz. Aus diesen Grundlagen kann ich es mir nicht erklären, wie Fussgänger an dieser Stelle zu kurz kommen sollen. Ebenfalls muss die Abbiegespur für das Spital Balgrist sichergestellt werden. Der Kanton verlangt, dass es keinen Rückstau in die Forchstrasse geben darf. Die SVP wechselt aus diesen Gründen von der Enthaltung in die Ablehnung.

Olivia Romanelli (AL): Die AL teilt die Befürchtung, dass die Situation mit der Vergrößerung des Strassenraums und den langen Zebrastreifen für die zu Fuss Gehenden, insbesondere für Geh- und Sehbehinderte, verschlechtert wird. Eine Situation wie diese sollte in einem Spitalquartier vermieden werden. Die Budgetdebatte ist jedoch aus unserer Sicht nicht der richtige Ort für diese Diskussion. Das Projekt liegt bis am 21. Dezember 2020 auf. Man kann Einsprache erheben und Begründungen aufführen. Wir lehnen den Antrag ab.

		TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
		Tiefbauamt				
		Bau von Strassen: Sammelkonto /				
		Strassen/Verkehrswege				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
S. 254	35					
	3515					
	513000 /					
	5010 00 000					
053.	Antrag Stadtrat	35 000		6 913 100 6 878 100	Zustimmung	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Projekt «Forchstrasse, Lenggstrasse bis Witellikerstrasse» nicht wie geplant umsetzen, sondern überarbeiten: Haltestelle Forchstrasse so verschieben, dass keine Bäume gefällt werden müssen. Haltestelle Lenggstrasse nicht zu Lasten des Fussverkehrs realisieren. Keine Vergrößerung des Kurvenradius. Generell weniger MIV-Fläche

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 77 gegen 23 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Antrag 054.

Kommissionsreferent:

Hans Jörg Käppeli (SP): Das Versprechen, das uns vor einem Jahr gegeben wurde, wurde wieder gebrochen. Im Sommer hätte das Ergebnis einer Studie präsentiert werden sollen. Im Januar wird das Tiefbauamt die Kommission darüber orientieren. Es gibt aber keine Anzeichen dafür, dass die eigentliche Planung gestartet wurde. Wir haben dies bereits vor einem Jahr verlangt. Es gibt nach wie vor keine Anzeichen, dass ein Planungsauftrag existiert. Es wurde kein Auftrag an ein Ingenieurbüro vergeben. Vermutlich existiert nicht einmal eine Planersubmission. Das Projekt soll erst 2022 gestartet werden. Nach 15 Jahren Planung und mehreren gescheiterten Varianten scheint das Tiefbauamt keinen Schritt weiter zu sein. Vor zehn Jahren hat das Volk an der Urne 110 Millionen Franken gesprochen. Davon wurden über 30 Millionen Franken immer noch nicht verwendet. Die übrigen Projekte am Bahnhof Oerlikon wurden vor vier Jahren fertiggestellt. Nur die Etappe 3b wurde noch nicht geplant. Es handelt sich nicht einfach um ein Velo-Projekt von Rot-Grün. Das Projekt dient allen Verkehrsteilnehmenden und soll einen unhaltbaren Zustand beenden. Mit dem Nichtrealisieren des Projekts wird nichts gespart. Ein grosser Teil der Kosten wird von Bund und Kanton getragen. Das Geld wartet darauf, dass es verwendet wird, aber man muss zuerst etwas liefern. Wenn man hier sparen möchte, könnte sich das ungünstig auswirken. Es wäre nicht das erste Mal, dass Tramgleise zerfallen und das Tiefbauamt nicht bereit ist mit einem Projekt. Ich weiss nicht, weshalb sich die SVP in der Enthaltung befindet. Sie müsste eigentlich zustimmen. Ohne ein geplantes Projekt kann sie ihren ersehnten Linksabbieger vergessen. Wir wollen, dass es vorwärts geht. Deswegen sollen die Planungskosten um 100 000 Franken erhöht werden. Es handelt sich nicht um eine neue Ausgabe. Der vom Volk gesprochene Kredit und unsere Motion sollen endlich umgesetzt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Man könnte den Antrag als Running-Gag bezeichnen. Er ist eine der letzten Leichen, die wir aus dem vierjährigen Patzer, den sich der Stadtrat mit

dem Tiefbauvorsteher von 2014 bis 2018 geleistet hat, noch mittragen. Wir haben ein vom Volk anerkanntes Projekt, eine Gesamtplanung in diesem Gebiet. Dieser Teil wurde im letzten Moment gestoppt. Ich bin vor einer Stunde mit dem Velo durch das entsprechende Gebiet gefahren. Es ist eine Situation, die niemandem hilft. Man hat eine Sanierung im Bestand gemacht, obwohl ein fertiges Projekt vorlag. Wir haben einen zweistelligen Millionenbetrag für eine Brückenverbreiterung ausgegeben, ohne dass diese etwas nützt, ausser dass sich sieben Taxiabstellplätze darunter befinden. Lediglich zwei Mal habe ich dort ein Taxi gesehen. Es ist wichtig, dass das Tiefbauamt endlich vorwärts macht und das ursprünglich geplante Projekt oder das neue Projekt, das sich ebenfalls seit einigen Jahren in der Planung befindet, umsetzt. Die aktuelle Situation ist für den wachsenden Bahnhof Oerlikon und die Anzahl Ein- und Aussteiger am Bahnhof kein haltbarer Zustand. Ich hoffe, dass dies das letzte Jahr ist, in dem wir für diesen Zweck Geld budgetieren.

Stephan Iten (SVP): Zum Votum von Sven Sobernheim (GLP): Es steht nicht nur ab und zu ein Taxi am besagten Ort. Oft steht auch ein Polizeiauto dort und es werden Kontrollen durchgeführt. Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll. Ich leide mit Stadtrat Richard Wolff mit. Letztes Jahr haben wir einen Teil des Projekts aus dem Budget gestrichen. Es handelte sich um den Teil Binzmühlestrasse, Schaffhauserstrasse, Friesstrasse, weil Hans Jörg Käppeli (SP) sagte, dieser Teil sei nicht in Einklang mit der Etappe 3b. Nun will er wieder Geld in die Beschleunigung der Etappe 3b stecken und dies, obwohl damals in der Kommission, als wir die Fristerstreckung zuerst nicht bewilligten, Stadtrat Richard Wolff mit einer Handzeichnung vorbeikam, um zu zeigen, wie weit man war. Es wurde klar, dass da wirklich nichts möglich war. Deshalb haben wir danach auch die Fristerstreckung gewährt. Hans Jörg Käppeli (SP) ist Ingenieur. Er weiss wohl selber, dass es auch mit 100 000 Franken mehr nicht schneller realisierbar ist. Hans Jörg Käppeli (SP) hat in der Kommission – nicht nur zu diesem Projekt – mehrmals gefragt, wieviel Geld man benötigen würde, damit es schneller gehe. Stadtrat Richard Wolff sagte, er könne mit mehr Geld nichts anfangen. Es würde auch dann nicht schneller gehen, wenn er mehr Leute einstellen würde. Auch wenn die Situation am Bahnhof Oerlikon auch aus meiner Sicht nicht schön ist, bringt es nichts, dem Stadtrat noch mehr Geld zuzusprechen und zu denken, dass es schneller gehen würde. Der Stadtrat wird dann die nächste Fristerstreckung beantragen, weil er nicht anders kann. Dann wird er vielleicht einmal einen Plan präsentieren können statt einer Handzeichnung, aber ohne Machbarkeitsstudie und dergleichen. Wir müssen hier Geduld haben, wenn wir ein gutes Projekt haben wollen. Der Stadtrat sagte, man könnte an den betreffenden Stellen Sofortmassnahmen einleiten. So könnte man zum Beispiel den Zebrastrifen verschieben. Das kann man ohne Gesamtprojekt tun. Ich möchte aber ein Gesamtprojekt, das dann auch tatsächlich funktioniert. Das wird mit den 100 000 Franken aus diesem Antrag nicht gelöst. Es wird nicht schneller gehen deswegen. Deshalb müssen wir den Betrag auch nicht budgetieren.



30 / 50

S. 254	35 3515 513000 / 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto / Strassen/Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
054.	Antrag Stadtrat			100 000	6 913 100 7 013 100	Zustimmung
					Enthaltung	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Schaffhauserstrasse Anbindung Ost Bahnhof Oerlikon Etappe 3b: Hohe Priorität bei der Umsetzung, bringt Verbesserung für alle Verkehrsträger			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 76 gegen 24 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 055.

Kommissionsreferent:

Markus Knauss (Grüne): «Die Aufenthaltsqualität und die Gestaltung entsprechen nicht mehr der Bedeutung des Platzes. Mit der Kunsthäuserweiterung besteht die Chance, den Heimplatz in Zukunft auf drei Seiten von kulturellen Institutionen zu fassen und durch eine Neugestaltung aufzuwerten. Unter der Federführung des Tiefbauamtes der Stadt Zürich wird ein separates Verfahren für die Neugestaltung des Heimplatzes durchgeführt». Das Zitat stammt aus einem Wettbewerb zur Kunsthäuserweiterung vom 12.11.2007. Es sind dreizehn Jahre vergangen. Die Neugestaltung des Heimplatzes hat noch immer nicht stattgefunden. Immerhin konnten wir dem Stadtrat nach einem siebenjährigen Kampf einen Studienauftrag abtrotzen. Am 16. Mai 2019 teilte das Tiefbauamt mit, dass man uns im 3. Quartal 2020 über die konkrete Gestaltung informieren werde. Es werde eine erste Planaufgabe nach Paragraph 13 geben. Dieser Termin ist nun schon wieder seit drei Monaten verstrichen. Es kommt Ungeduld auf. Wir verzichten

aber heute einmal darauf, das Tiefbauamt zu tadeln und verteilen stattdessen Zuckerbrot in Form eines zusätzlichen Betrags von 100 000 Franken. Dies in der Hoffnung, dass das Tiefbauamt diese Botschaft versteht und das Projekt endlich schneller ausarbeitet, auflegt und uns informiert, und in der Hoffnung, dass der Heimplatz irgendwann in näherer Zukunft, auch wenn wir es nicht mehr schaffen bis zur Eröffnung des Neubaus des Kunsthouses, eine neue, bessere Form erhält.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Das Projekt gefällt Markus Knauss (Grüne), weil sich alle Bürgerlichen über das Projekt aufregen. Es gefiel ihm ursprünglich nicht ganz so gut wie heute. Denn es gab noch ein anderes Projekt. Die Planung zeigte auf, dass bei jenem Projekt der gesamte Verkehr in der Stadt zusammenbrechen würde. Dieses Projekt hätte er natürlich bevorzugt. Nun haben wir ein Projekt, bei dem er den motorisierten Individualverkehr immer noch plagen kann. Deshalb belässt er es dabei. Wir warten immer noch auf die bereits erwähnte Verkehrsstudie. Ich bin gespannt, was diese zeigen wird. Es dauert tatsächlich lange, bis wir die Verkehrsstudie erhalten. Danach können wir aber auf dieser Studie aufbauen. Ich vermute, dass es so lange dauert mit der Studie, weil man sich gewisse Punkte noch schönschreiben muss, damit es nicht ganz so verheerend aussieht, wie es die SVP vorangekündigt hat. Doch auch hier stellt sich die Frage, was man mit den 100 000 Franken tun will. Es wird nicht schneller gehen. Der Stadtrat muss sich auch hier mit dem Kanton absprechen. Nach der Verkehrsstudie wird der Kanton dem Projekt niemals zustimmen. Es eilt somit nicht. Man kann auch einfach warten, bis die Antwort des Kantons kommt, die dann lauten wird, dass das Projekt auf diese Weise nicht realisierbar ist.

Andreas Egli (FDP): Ich habe es bereits mehrmals erwähnt: Für mich eilt es nicht, was Stadtrat Richard Wolff tut oder nicht tut. Mir ist es lieber, wenn es nicht so schnell geht. Das, was er tut, ist nicht in meinem Interesse und auch nicht im Interesse der Stadt. Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) kritisieren, dass es zu langsam geht, dass man Projekte nochmals neu aufgleisen muss. Ich habe in den letzten Monaten in der Kommission kein Projekt durch unangemessene Fragen verzögert oder verhindert. Das können nicht alle Kommissionsmitglieder des anderen Lagers guten Gewissens von sich sagen. Wir befinden uns in der Situation, dass man unzufrieden ist mit der Arbeit eines Stadtrats. Wäre es ein FDP-Stadtrat, würde ein grosses Bashing stattfinden. Alle würden sagen, es sei klar und eine Altlast von einem unserer Stadträte. Das ist hier nicht der Fall. Man scheint nun zu versuchen, zusätzliche Beträge im Budget einzustellen. Vielleicht geht man das nächste Mal so weit, dass man das Geld gar persönlich überreichen will. Aber selbst dann würde es nicht schneller gehen. Dieses Verhalten zieht sich durch die gesamte Budgetdebatte: Die Lösung scheint zu sein, dass man etwas mehr Geld spricht. Wenn dies nichts nützt, so schadet es nicht, aber vielleicht geht es schneller. Man geht auf diese Weise vor, auch wenn die zuständigen Stadträte sagen, es würde bereits alles Mögliche getan und es gehe nicht schneller. Es scheint

32 / 50

keine Rolle zu spielen. Geld ist vorhanden und es wird von den Linken gerne ausgegeben. Das stört mich in der Budgetdiskussion wirklich. Die FDP vertritt die Linie, dass wir beim Budget nicht hinter diesen zusätzlichen Geldbeiträgen stehen. Wir möchten nichts damit zu tun haben und befinden uns deshalb in der Enthaltung.

S. 254 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3515 **Tiefbauamt**
513000 / **Bau von Strassen: Sammelkonto /**
5010 00 000 **Strassen/Verkehrswege**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
055.	Antrag Stadtrat			6 913 100		
			100 000	7 013 100	Zustimmung	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Heimplatz: Hohe Priorität bei der Umsetzung, bringt Verbesserungen für Velo und den öffentlichen Verkehr

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 77 gegen 24 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 056.

S. 277 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3550 **ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall**
500012 / **Anschaffung Kehrlichfahrzeuge /**
5060 00 000 **Mobilien**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
056.	Antrag Stadtrat			5 300 000	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

320 000	4 980 000	Minderheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
		Enthaltung	Walter Angst (AL), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung:		Beschaffung Absetzkipper (Diesel) verschieben, bis Fahrzeuge mit ökologischem Antrieb erhältlich sind	

Felix Moser (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 057.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Florian Blättler (SP): Man sollte verfolgen, was die eigenen Anträge in der Verwaltung auslösen. 2019 haben wir als Gemeinderat eine Motion überwiesen, die verlangte, dass die Entsorgung von biogenen Abfällen im Infrastrukturpreis integriert wird. Das Ziel ist, dass biogene Abfälle korrekt entsorgt werden. In diesem Zusammenhang entstand in der Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen die Idee, an den Wertstoffsammelstellen Bio-Abfallcontainer hinzustellen. Alleine für die Projektierung hat man für das nächste Jahr rund 1 Million Franken budgetiert. Die Umsetzung und der Unterhalt der Bio-Container kosteten dann sicherlich nochmals einiges mehr. Wir gehen aber nicht davon aus, dass jene Personen, die auch bisher den Bio-Abfall nicht entsorgt haben, nun neu mit einem Eimer durch das halbe Quartier spazieren, um ihre Rüstabfälle korrekt in die Bio-Container zu entsorgen. Die Million Franken, die man für die Planung ausgegeben hat, wäre weg gewesen, auch wenn der Gemeinderat das Projekt später gestoppt hätte. Nach Gesprächen mit Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) beantragen wir neu eine Verbesserung des Budgets um 928 000 Franken. Der auf dem Konto verbleibende Betrag wird benötigt um zu planen, wie die Entsorgung von biogenen Abfällen für jene Haushalte gemacht werden kann, die keine eigene Tonne vor dem Haus haben können.

Walter Angst (AL): Die Minderheit der RPK ist der Meinung, dass das Vorgehen von ERZ sinnvoll ist. Es geht nicht darum, dass Mieterinnen und Mieter eine Grüntonne vor dem Haus aufstellen und den Abfall dort entsorgen sollen. Dafür sind die Hauseigentümer zuständig. Von daher gesehen ist der Ansatz sinnvoll und vernünftig, dass bei den Sammelstellen, die sich möglichst nahe bei den Haushalten befinden, die entsprechende Infrastruktur aufgebaut wird. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats.

34 / 50

S. 278 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
3550 **ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall**
500021 / **Wertstoff-Sammelstellen /**
5060 00 000 **Mobilien**

		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag		Stimmen
057.	Antrag Stadtrat			278 000	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Shaibal Roy (GLP)
				1 150 000 N		
		928 000		500 000	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Re- ferent, Präsident Felix Mo- ser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fi- scher (SP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Die Motion GR Nr. [2018/238](#) verlangt die Abholung der Bioabfälle bei den Haushalten. Das skizzierte Projekt entspricht nicht der Forderung.

Dr. Florian Blättler (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Kürzung um 928 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 26 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) zu.

Antrag 058.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Matthias Probst (Grüne): *Der Bereich Ernährung ist für einen Drittel des CO2-Ausstosses verantwortlich. Wenn man über Ernährung spricht, müsste man auch über Landwirtschaft sprechen. In der Stadt Zürich gibt es einen beträchtlichen Anteil an landwirtschaftlich genutzter Fläche. Ich habe festgestellt, dass nicht viele Ziele vorhanden sind in Hinsicht darauf, was man bezüglich des Klimawandels auf dieser landwirtschaftlichen Fläche unternehmen könnte. Es werden zwar ab und zu tolle Projekte unterstützt und Grün Stadt Zürich forscht zum Beispiel daran, wie man Kohle vergraben kann. Aber das entspricht nicht dem, was in diesem Bereich passieren sollte. Wir könnten mit sehr wenig Aufwand einen sehr grossen Effekt erzielen. Einerseits kann man bei der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern Einfluss darauf nehmen, was produziert wird und auf welche Weise es produziert wird. Andererseits haben wir zum Beispiel die Möglichkeit, eine Senke in Form von Humusaufbau zu aktivieren. Die Klima-Allianz hat bereits entsprechende Vorstösse aufgegleist. Andererseits muss man neben der Klimakrise auch noch eine weitere Krise erwähnen: Die Biodiversitätskrise. Dort verfügen wir über*

einen grösseren Hebel und könnten darüber sprechen, welche Massnahmen diesbezüglich in der Landwirtschaft getroffen werden könnten. Es braucht so oder so dringend eine Klima-strategie und eine Biodiversitätsstrategie bei Grün Stadt Zürich, die über die bisherigen Vorhaben hinausgehen. Man sollte sich nicht nur mit den Flächen befassen, die man selber bewirtschaftet, sondern insbesondere auch mit jenen, die verpachtet werden. Verschiedene Vorabklärungen haben ergeben, dass man diese Idee gerne umsetzen würde, aber dass im Bereich Landwirtschaft und Pacht nicht ausreichend Kapazitäten vorhanden sind, um daran zu arbeiten. Daran soll es aber nicht scheitern. Für andere Dinge wie Heizungsersatz geben wir wesentlich mehr Geld aus. Man könnte im genannten Bereich mit relativ wenig Mitteln einen grossen Effekt erzielen. Es wäre eine Klima-strategie, die tatsächlich etwas bringt. Wenn wir bis 2030 das Ziel Netto-Null erreichen wollen, ist es eine gute Idee, bereits jetzt anzusetzen. Ich bitte Sie, dem Antrag um Stellenerhöhung zuzustimmen und bin sehr gespannt, was wir in diesem Themenbereich noch herausfinden werden. Wir werden vermutlich auch noch etwas Forschung betreiben müssen. In der Schweiz wird dies noch zu wenig gemacht in diesem Bereich. Wir haben in Zürich die Chance, dass wir es uns leisten können, hier voranzuschreiten und mehr auszuprobieren. Wahrscheinlich würde es auch dazu führen, dass man langfristig Leistungsvereinbarungen mit den Pachtbetrieben machen würde, damit sie die Leistungen, die wir für das Ziel einer klimaneutralen Landwirtschaft verlangen, auch erbringen können.

Susanne Brunner (SVP): Ich teile die Einschätzung meines Vorredners nicht. Er sprach von einer Chance und dass wir genügend Geld hätten. Wir haben dieses Geld jedoch nicht. Das ist der Hauptgrund, warum der Antrag abzulehnen ist. Ebenfalls sei erwähnt, dass es sich bei der Landwirtschaft in der Stadt Zürich um einen eher unbedeutenden Wirtschaftszweig handelt. Die beantragte zusätzliche Stelle würde beauftragt, ein Papier zu schreiben. Dieses Papier würde nichts zur Verbesserung des Klimas beitragen, sondern nur Kosten auslösen. Die Minderheit empfiehlt deshalb, den Antrag abzulehnen. Weitere Wortmeldungen:

Ronny Siev (GLP): 13 % des CO₂-Ausstosses stammen aus der Landwirtschaft. Die Forderung des Antrags hilft aber nicht, zu einer klimaneutralen Landwirtschaft beizutragen. Es stellt sich die Frage, was die Person in der zusätzlich vorgesehenen Stelle tun soll. Es ist bereits ein Katalog von Massnahmen für klimaneutrale Landwirtschaft vorhanden. Im Kanton Graubünden gibt es ein tolles Pilotprojekt. In diesem werden weitere Massnahmen eingeführt und überprüft. Wir sind keine Forschungsanstalt. Man muss sich fragen, ob die Erwartung ist, dass die neu eingestellte Person den 30 Bauern in der Stadt den Massnahmenkatalog vorliest. Mit dem Antrag kann man niemanden zwingen, die Massnahmen umzusetzen – auch nicht über die beantragte Stelle. Es wurde kein Geld für Kompensationen oder finanzielle Anreize budgetiert. Deshalb macht die Stelle keinen Sinn, wenn es darum geht, unsere Klimaziele zu erreichen. Ich bitte die Ratsmitglieder, vor allem die klimaaffine Mehrheit, folgenden Punkt zu bedenken: Wenn man Geld für Klimamassnahmen spricht, sollte man sich für Massnahmen entscheiden, die

wirklich Sinn machen und bei denen man das Ziel erreichen kann, und nicht einfach irgendwelche Stellen schaffen. Die limitierten Ressourcen sollten sinnvoll verwendet werden.

Andreas Egli (FDP): Es ist ein Vorstoss nach dem Motto «Am Zürcher Wesen soll die Welt genesen». Wir haben auch schon zu anderen Zeiten ähnliche Vorstösse erlebt. Man will jemanden einstellen, der sich um bestimmte Fragen kümmert und der Schweiz oder der Welt erzählen könnte, was man verbessern sollte. Man würde bei diesem Antrag viel Geld investieren, indem man eine zusätzliche Stelle schafft, ohne dass man im Gegenzug einen grossen Vorteil erhält. Durch die geschaffene Stelle würde lediglich viel Papier produziert. Es würden zwei bis drei Tipps ausgearbeitet, die Matthias Probst (Grüne) auch problemlos in einem Mail versenden könnte. Man würde nicht einmal CO₂ einsparen, im Gegenteil: Das zusätzliche Büro für die neue Stelle muss geheizt werden und die neu eingestellte Person hat einen Fahrweg. Zusammenfassend kann gesagt werden: Ausser Spesen nichts gewesen.

Walter Anken (SVP): Es wäre besser, Matthias Probst (Grüne) würde verkünden, dass man nicht für 10 Milliarden Franken über die Grenze im Ausland einkaufen gehen sollte. Samstag für Samstag fahren Aargauer, Berner, Zürcher für das Einkaufen über die Grenze. Ökologische Landwirtschaft ist, wenn man das isst, was in der Schweiz produziert wird. Auf diesem Weg hat die Landwirtschaft in der Schweiz auch ein vernünftiges Einkommen. Wir brauchen nicht noch mehr Theoretiker in diesem Bereich. Wir haben deren genügend im Bundesamt für Landwirtschaft. Sie kommen bei meinem Bruder auf dem Bauernhof vorbei und überprüfen zum Beispiel, ob die Schweine den Futtersack sehen können. Wenn dies der Fall ist, dann muss mein Bruder den Futtersack aus dem Blickfeld der Schweine entfernen, weil sie sonst offenbar Lust auf das Futter haben könnten. Das ist kein Witz. Der beste Umweltschutz ist, einheimische Produkte zu essen, damit die Landwirtschaft ein Einkommen erwirtschaften kann. Auf diesem Weg macht man die Umwelt nicht kaputt, denn man benötigt kein Auto, um an die Grenze zu fahren. Das wäre ehrlicher Umweltschutz.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Walter Anken (SVP) und Andreas Egli (FDP) haben schon sehr viele wichtige Punkte erwähnt. Als ich die Begründung las, dachte ich zuerst, es gehe darum, dass man dafür sorgen will, dass die Kühe andere Nahrung erhalten, damit die Blähungen vermieden werden können, die wiederum zu Treibhausgasen führen. Aber das ist nicht der Fall. In den vorhergehenden Voten wurde bereits erwähnt, dass das Wiederkäuen von Papier nicht umweltfreundlich ist. Zudem liegt auch hier wieder folgende Situation vor: Der Stadtrat stellt einen moderaten Antrag und verlangt keine Erhöhung. Daraufhin wird aber aus dem Rat eine Erhöhung verlangt. Diesen Ablauf konnte man nun mehrfach beobachten und man muss sich fragen, was dahinter steckt. Das eine ist das, was der Stadtrat macht: eine sogenannte deklarierte Strategie. Die deklarierte Strategie ist, wenn der Stadtrat sagt, er wolle nicht mehr Geld ausgeben. Aber die wirkliche Strategie ist, dass man durchaus mehr Geld will. Nur soll es niemandem auffallen. Die linke Seite reicht dann entsprechende Anträge ein, die genau in diese

Richtung zielen. Daraus ergibt sich die wirkliche Strategie. Das ist nicht sehr redlich und kann nicht honoriert werden.

Res Marti (Grüne): *Auch ich möchte Walter Anken (SVP) für das zutreffende Votum danken. Er hat recht. Deshalb hat er auch die Zustimmung der grünen Partei erhalten. Ich möchte aber daran erinnern, dass es unter anderem auch die SVP war, die zum Beispiel die Fair-Food-Initiative abgelehnt hat, obwohl genau diese Initiative gefordert hat, dass die Standards, die in der Schweiz gelten, auch für importierte Güter gelten sollen.*

S. 147	35 3570 PG 2	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat				12 713 900	Minderheit
				100 000	12 813 900	Mehrheit
						Susanne Brunner (SVP) Referentin, Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP) Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
						Begründung: Schaffung einer Stelle zur Förderung klimaneutraler Landwirtschaft

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 005., 059. und 060. (Postulat GR Nr. 2020/527).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3249/2020): *Die Stadt Zürich hat ein grosses Verdichtungsziel. Die Stadt soll wachsen. Wenn eine Stadt wächst, werden Häuser abgebrochen. Die Stadt möchte,*

dass der Gebäudepark möglichst schnell Richtung Netto-Null energetisch saniert wird. Beide Forderungen werden von der AL und, soweit mir bekannt ist, auch von der Mehrheit unterstützt, die sich für die vorliegenden Anträge gefunden hat. Will man die Ziele ohne soziale Verdrängung und Vertreibung erreichen, muss man mit flankierenden Massnahmen darauf einwirken, dass die Mieterinnen und Mieter bei einem Bau oder bei einer Sanierung nicht hinausgeworfen werden. Man muss Ersatzangebote machen, grössere Bauprojekte in einzelne Etappen aufteilen und dafür sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Die Stadt verfügt über eine Reihe von Instrumenten und entwickelt diese immer weiter, um diese Ziele zu erreichen. Der wichtige Akteur bei diesen Aufgaben ist das Hochbaudepartement. Es geht um die Planung, um die Bauprojekte, um die Begleitung von Grundeigentümern, die energetisch sanieren, verdichten und mehr bauen möchten. Wir haben in der Vergangenheit im Rat wiederholt festgestellt, dass sehr viele Bauprojekte nicht in diesem Sinn umgesetzt werden, sei es bei grossen Planungen, bei Arealüberbauungen oder in Einzelbeispielen. Das war selbst dort der Fall, wo man Einfluss hätte nehmen können. Ich stehe klar dazu, dass Bauherren, die in der Regelbauweise arbeiten können, wenn sie erneuern wollen, auch eine gewisse Freiheit haben und im Rahmen eines Baubewilligungsprozesses die entsprechenden Bewilligungen erhalten müssen. Wenn aber die Ziele erreicht werden sollen, die entscheidend sind für die Umsetzung der Verdichtung und deren sozialen und ökologischen Aspekte, muss im Hochbaudepartement und insbesondere im Umfeld der Planerinnen und Planer ein Kulturwechsel stattfinden. Dieser Kulturwechsel muss unterstützt werden. Im Moment liegt die Hauptaufgabe bei der Stadtentwicklung (STEZ). Kürzlich gab es eine Neudefinition der Departementsgliederung und der Aufgabenverteilung. Dort konnte man lesen, dass in der Stadtentwicklung in der Abteilung Raum und Umwelt die Grundlagenarbeiten ausgeführt werden. Das ist richtig so. Im Moment sollen durch eine Dienstleistungsvereinbarung Informationen zum Amt für Städtebau im Hochbaudepartement fliessen. Unserer Meinung nach ist das aber nicht zielführend. Es braucht noch mehr. Innerhalb des Hochbaudepartements müssen die entsprechenden Ressourcen aufgebaut werden, damit im gesamten Planungsprozess die Ziele, die wir formuliert haben, auch umgesetzt werden können. Es geht um eine nachhaltige Sanierung, die nicht nur Wachstum beinhaltet, sondern ökologische und soziale Ziele umfasst. Die entsprechenden Aufgaben sind im «Programm Wohnen» und in diversen Beschlüssen klar definiert. Es hapert jedoch bei der Umsetzung. Deshalb beantragen wir den Aufbau einer Fachabteilung für sozialräumliche Fragen in Planungsprozessen in der zentralen Verwaltung im Hochbaudepartement. Die AL ist der Meinung, dass ein Aufbau von Mitteln nicht zwingend mit mehr Stellen verbunden sein muss. Die Stelle sollte kompensiert werden. Somit müsste die Gesamtzahl an Planungsstellen nicht erhöht werden. In diesem Zusammenhang beantragen wir mit einem weiteren Budgetantrag eine Reduktion bei der STEZ. Ebenso legen wir ein Postulat vor, das inhaltlich definiert, in welche Richtung die Fachstelle arbeiten soll und welche Ziele verfolgt werden sollen. Wir haben noch einige Antragsänderungen vorgenommen, die ich der RPK, den Parlamentsdiensten und den zuständigen Stadträten bereits zugestellt habe. Die Änderungen betreffen

folgende Punkte: Wir reduzieren den Antrag für den Aufbau der Fachstelle von den ursprünglich beantragten 450 000 Franken auf 150 000 Franken. Entsprechend wird auch der Betrag, der bei der STEZ kompensiert werden soll, auf 150 000 Franken reduziert. Zudem haben wir in den Begründungen präzisiert, dass es nicht um eine Budgetübertragung geht. Budgetübertragungen sind Sache des Stadtrats. Diese kann er mit den Nachtragskrediten beantragen. Somit geht es beim Hochbaudepartement um den Aufbau einer Fachabteilung Sozialräumliche Fragen im Planungsprozess und bei der STEZ um eine Kompensation für den Aufbau der genannten Fachabteilung. Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass es sich dabei nur um eine Möglichkeit für eine Kompensation handelt. Die AL würde sich selbstverständlich nicht widersetzen, wenn die Kompensation an einem anderen Ort als bei der STEZ erfolgen würde. Wir werden auch der Textänderung der Grünen zustimmen. Durch diese wird das Postulat präzisiert. Im bereits zitierten Beschluss über die Departementsgliederung und die Aufgabenverteilung ist neu festgehalten, dass die STEZ für die Erarbeitung von Grundlagen zur sozialräumlichen Stadtentwicklung zuständig ist. Jener Beschluss datiert vom November 2020. Zum damaligen Zeitpunkt hatten wir das Postulat bereits geschrieben und sind somit damals noch von der Grundlage ausgegangen, dass die Abteilung beim Hochbaudepartement auch Grundlagenarbeit leisten sollte. Es ist vermutlich aber sachlich gerechtfertigt, dass die Grundlagenarbeit in der STEZ erledigt wird.

Alan David Sangines (SP): *Ich möchte in meinem Votum einerseits die Begründung der Minderheit der RPK präsentieren und danach noch auf das Postulat eingehen, das soeben durch Walter Angst (AL) vorgestellt wurde. So können wir die Anträge und das Postulat gemeinsam besprechen. Die Abteilung Gesellschaft und Raum bei der Stadtentwicklung nimmt verschiedene Aufgaben wahr. Dazu gehören zum Beispiel Bevölkerungsbefragungen, Firmenbefragungen, wohnpolitische Berichterstattungen oder sozialräumliches Monitoring. Die Abteilung bringt sich auch bei der Planung von Bauvorhaben des Hochbaudepartements ein, um auf soziale, sozialräumliche und wirtschaftliche Aspekte hinzuweisen. Genauso bringt sich etwa auch die Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz in Umweltfragen ein oder das Tiefbaudepartement bei Verkehrsfragen. Es gab nun Kritik an der Arbeit der Planungs- und Baubehörde. Ihr wird vorgeworfen, dass sie sozialräumliche Aspekte zu wenig berücksichtige. Die Schuldigen dafür hat man aber in einer überraschenden Ecke gefunden – offenbar bei der Abteilung Gesellschaft und Raum. Der Vorwurf lautet, die Abteilung sei zu weit weg von der Planungsbehörde und bringe sich zu wenig ein. Deshalb fordert die AL, dass im Hochbaudepartement eine neue Fachabteilung entstehen soll, die die sozialräumlichen Fragen angemessen vertritt. Dafür sollen Stellen der Fachabteilung Gesellschaft und Raum des Präsidialdepartements ins Hochbaudepartement verschoben werden. Man spricht auch von einer Kompensation. Es kommt auf dasselbe heraus. Beide Minderheiten sind sich einig, dass diese Budgetanträge rechtlich unzulässig sind. Laut Paragraph 48 Abs. 2 des Gemeindegesetzes liegt die Organisation der Verwaltung in der alleinigen Kompetenz des Stadtrats. Die Anträge der AL und das dazugehörige Postulat wollen eine Verschiebung beziehungsweise einen Aufbau und eine Kompensation von einem Departement in das*

andere erwirken. Dabei handelt es sich um einen organisatorischen Eingriff in die Verwaltung. Die AL kann diesen Eingriff durchaus mit der Prüfung des Postulats verlangen und damit einen Willen zum Ausdruck bringen. Aber es wäre nicht korrekt, die nun vorliegenden Budgetanträge zu stellen, weil dies eine Prüfung vorwegnimmt in einer Angelegenheit, die in der Zuständigkeit des Stadtrats liegt. Zu den Budgetanträgen: Ich habe alle Voten aufmerksam verfolgt, auch jene der GLP. Als wir in der Budgetdebatte bei den Gewerbemieten einen Budgetantrag gestellt haben, hat man uns darauf hingewiesen, dass man beim Budget nicht Stadtrat spielen solle und dass wir ein Grundlagenmissverständnis hätten, wenn wir den Auftrag des Stadtrats über den Gemeinderat geregelt haben wollten. Im vorliegenden Fall ist klar ersichtlich, dass der Budgetantrag in die Organisation des Stadtrats eingreifen will. Die GLP unterstützt jedoch diesen Antrag. Die AL sagte, man könne die neue Fachabteilung auch anderweitig kompensieren. In jenem Fall kann man die Budgetanträge aber auch gleich zurückziehen und das Postulat überweisen und es dem Stadtrat überlassen, einen Entscheid zu fällen. Soweit mein Votum als Sprecher der Minderheit. Ich werde nun noch die SP-Position zum Postulat vertreten. Aus unserer Sicht macht das Postulat inhaltlich wenig Sinn. In unserer Fraktion wurde zwar kritisiert, dass bei Bauten vom Hochbaudepartement teilweise sozialräumliche Aspekte zu wenig berücksichtigt werden. In diesem Bereich besteht tatsächlich Verbesserungsbedarf. Doch die Abteilung Gesellschaft und Raum ist in der Stadtentwicklung richtig angesiedelt. Sie ist bei Bauvorhaben ein unabhängiges Kompetenzzentrum im Bereich von sozialräumlichen Fragestellungen und kann sich bei städtebaulichen Fragen unabhängig einbringen. Bei Bauvorhaben vertreten auch die Abteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz die Umwelanliegen oder das Tiefbauamt die Verkehrsanliegen. Niemand würde sagen, Verkehrsanliegen seien zu wenig berücksichtigt worden und man müsse deshalb die Stellen vom Tiefbauamt abziehen und neu im Hochbaudepartement ansiedeln. Die Abteilung Gesellschaft und Raum befindet sich am richtigen Ort. Sie ist nah bei der Integrationsförderung und der Wirtschaftsförderung und kann sich dadurch besser in sozialräumliche Fragen einbringen. Es gab Kritik an der Arbeit der Stadtentwicklung und bei Bauvorhaben, bei denen in sozialräumlicher Hinsicht zu wenig Überlegungen gemacht wurden. Mit Stellenverschiebungen eine Verbesserung erzielen zu wollen, ist jedoch nicht der richtige oder zielführende Weg. Im Gegenteil: Wenn man die Stellen Gesellschaft und Raum dem Hochbaudepartement unterstellt oder eine neue Abteilung aufbaut, bei der das Hochbaudepartement städtebauliche Anliegen in den Fokus stellt, riskiert man erstens, dass die sozialräumliche Kompetenz geschwächt wird, weil die Stelle weiter weg ist von den verschiedenen Bereichen der Stadtentwicklung, und zweitens, dass die Fachstelle beim Hochbaudepartement ihre Interessen weniger unabhängig vertreten kann. Das wäre etwa so, wie wenn man der Ansicht wäre, dass die Ombudsstelle zu wenig gegen Polizeigewalt unternehme und deshalb bei der Polizei angesiedelt werden müsste. Wenn man bei der Abteilung Gesellschaft und Raum in Bezug auf die Interessenvertretung des Hochbaudepartements unzufrieden ist, sollte man direkt dort ansetzen und prüfen, wie dies verbessert werden kann – in der richtigen Dienstabteilung, im richtigen Fachgebiet, nahe bei den relevanten Kompetenzzentren

und unabhängig von anderen Interessen. Die Lösung liegt fast schon auf der Hand. Walter Angst (AL) hat vorhin die Dienstleistungsvereinbarung zwischen dem Amt für Städtebau und der Stadtentwicklung zitiert, bei der man sich darauf geeinigt hat, dass 25 Stellenprozente frühzeitig und stufengerecht für die Berücksichtigung von sozialräumlichen Aspekten in Planungsverfahren reserviert sind. Wenn man diesen Bereich stärken möchte, müsste man dort die Prozente aufbauen. Dann hätte man eine Fachstelle, die sich fachkompetent und unabhängig einbringen kann. Eine neue Fachstelle aufzubauen und dann kompensieren zu wollen, indem man sie an einem anderen Ort streicht, ist jedoch aus unserer Sicht nicht der richtige Weg. Die FDP ist grundsätzlich jeweils dagegen, dass neue Stellen aufgebaut werden. Hier unterstützt sie die Forderung nach dem Aufbau einer neuen Fachstelle. Die AL sagte, man könne die neuen Stellen kompensieren. Das war wohl der Preis dafür, dass die FDP die Anträge unterstützt. Es erstaunt mich dennoch, dass die FDP möchte, dass eine neue Fachstelle im Hochbaudepartement aufgebaut wird, die ökologische und soziale Fragen vertritt, wenn man nicht weiss, ob die Stellen irgendwo kompensiert werden oder nicht. Zur Textänderung: Auch mit der Textänderung erfährt der Vorstoss keine Verbesserung. Die Abteilung Gesellschaft und Raum ist die richtige Stelle für das Anliegen. Wenn, dann kann man die reservierten Stellenprozente erhöhen, die sich in Planungs- und Bauvorhaben einbringen, aber es nun mit der Textänderung im Postulat so aussehen zu lassen, dass die Budgetanträge rechtmässig aussehen, ist nicht der richtige Weg. Die AL hat mit den Budgetanträgen einen Bock geschossen. Die Grünen werfen ihnen nun mit der Textänderung einen Teppich zu, um den Bock unter den Teppich zu kehren. Doch man kann nicht darüber hinwegsehen, dass dies so nicht möglich ist. Wenn, dann sollte man die Budgetanträge zurückziehen oder ablehnen. Wir empfehlen auch beim Postulat eine Ablehnung. Es ist nicht der richtige Weg, um das Ziel zu erreichen, das auch wir erreichen wollen. Man kann bei der Stadtentwicklung mehr Prozentzahlen für Planungs- und Bauvorhaben sprechen, aber man sollte nicht eine neue Fachstelle aufbauen, die bereits an anderer Stelle vorhanden ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Das Ziel des Postulats, sozialräumliche Fragen im Amt für Städtebau stärker zu verankern, ist gut. Der Weg dahin ist aber nicht nötig. Man könnte den Vorschlag möglicherweise sogar als schlecht bezeichnen. Wir haben das gleiche Ziel. Der Weg des Postulats führt jedoch auf Irrwegen im ungünstigsten Fall in eine Sackgasse. Der Gemeinderat hatte durchaus Recht in seiner Kritik und mit dem, was er eingefordert hat. Wir haben inzwischen auch gehandelt. Nun schon wieder zu handeln, wäre falsch und würde unserem gemeinsamen Ziel schaden: Wir alle wollen, dass Menschen nicht aus Wohnungen, aus dem Quartier, aus der Stadt verdrängt werden. Die soziale Durchmischung ist keine Ideologie, sondern ein Garant für eine lebendige, menschliche Stadt. Wenn ich die unterstützenden Fraktionen betrachte, bin ich mir nicht ganz sicher, ob dieses Ziel allen so nah am Herzen liegt. Der Stadtrat hat aber die Kritik gehört und gehandelt. Der angesprochene Kulturwandel im Amt für Städtebau ist schon*

längst im Gang. Der Vorwurf seitens AL im Postulat lautet, dass das Amt für Städtebau zahlreiche Möglichkeiten im Rahmen von Planungs- und Bauprojekten von Privaten zur Vermeidung von Verdrängung nicht befriedigend nutzen würde. Ich möchte betonen, dass zwei Elemente – eminent wichtige planerische Instrumente – aufgegleist wurden und sich bereits in der Umsetzung befinden. Als Stichwort wäre Mehrwert 49b zu nennen. Hier sind das Amt für Städtebau und das Hochbaudepartement seit Jahren die treibenden Kräfte, dass eine Umsetzung stattfindet. Weiter werden die Möglichkeiten, die rechtlich bestehen, genutzt und in den entsprechenden Dokumenten verankert, so etwa im kommunalen Richtplan «Wohnen». Sie werden auch in der Planungspraxis angewendet. Es gibt aber auch Grenzen. Der Stadtrat liest auch das Kleingedruckte in den Postulaten. In der Begründung des Postulats kommt das Baubewilligungsverfahren in den Fokus. Beim Baubewilligungsverfahren handelt es sich um eine hoheitliche Behörde, die das Baurecht im Bewilligungsverfahren anwenden muss. Stellt sich die AL vor, dass man bei einem Ersatzneubau eine Baubewilligung verweigert, wenn das Vorhaben zur sozialen Verdrängung führt? Wo sind hier die Instrumente? Ich höre oft von Betroffenen, man solle doch einfach das Projekt nicht bewilligen, weil es ein nicht-soziales Projekt sei. Gewisse Kreise schüren falsche Hoffnungen, dass wir das mit dem Baurecht machen könnten. Es wird uns dann eine Schuld zugewiesen, wenn wir auf dem Boden des Rechts Bewilligungen erteilen. Ich bin erstaunt, dass die FDP das Postulat mitunterstützt. Vielleicht tut sie dies auch, weil sie weiss, dass man beim Mietrecht ansetzen müsste und weniger beim Baurecht. Das Postulat möchte erreichen, dass Stellen von der Stadtentwicklung in das Hochbaudepartement transferiert werden. Die Grünen schlagen vor, es könnte irgendwo eine Stelle verschoben werden. Das ist auch nicht der Ausweg aus diesem etwas verkorksten Antrag. Man möchte an einer Stelle etwas Geld wegnehmen, mir diesen Betrag auf den Tisch legen und einen Auftrag geben. Wir führen diesen Auftrag aber bereits aus und tun dies auch besser dank der von Alan David Sangines (SP) bereits erwähnten Dienstleistungsvereinbarung. Wenn das Amt für Städtebau in grössere private Planungen – Arealüberbauungen, grosse Ersatzneubauten – involviert ist, durchleuchtet die Stadtentwicklung das Bauvorhaben und die Bauherrschaften, bevor man in einen gemeinsamen Prozess einsteigt. Häufig wird die Stadtentwicklung auch gleich in den Prozess involviert. Die Bauherrschaften hören die Botschaften der Stadt und wollen die Stadt in der Regel auch dabei haben. Für die Durchleuchtung braucht es vor allem Know-how. Dieses ist in der Stadtentwicklung vorhanden. Nochmals Know-how aufzubauen, kommt mir etwas vor wie die Anträge im kommunalen Richtplan. Etwas scheint wichtiger zu werden, wenn man es nicht nur 20 Mal, sondern 50 oder 100 Mal erwähnt. Entscheidend ist aber, dass man am richtigen Ort das Richtige tut. Die Grünen möchten aus irgendeiner Dienstabteilung Stellen holen – ich weiss nicht, was das für ein Weg ist, den die Grünen einschlagen möchten. Vielleicht haben sie den Eindruck, es gebe in der Verwaltung Mitarbeitende, die man einfach so abziehen könne, weil sie nichts zu tun hätten. Es macht keinen Sinn, sondern schwächt sogar eher die Position der Stadt gegenüber den Privaten. Vielleicht wollen das gewisse Parteien unterstützen, die das Postulat nun unterstützen. Wir sollten mit der Arbeitsteilung,

die wir etabliert haben, arbeiten. Man kann den Lackmus-Test bei einer nächsten grösseren privaten Überbauung machen, sollte aber nun das Postulat ablehnen. Es ist eine unausgeglichene Brachialübung. Eine Verschiebung bringt weder einen ersichtlichen Nutzen noch stärkt sie die Ressourcen für sozialräumliche Fragestellungen. Wenn, dann müsste man gezielt Stellen aufbauen. Aus Sicht des Stadtrats ist aber alles, wie es zurzeit ist, richtig aufgestellt. Ich bitte Sie, das ausgeglichene Postulat abzulehnen und auf die Zusammenarbeit zwischen der Stadtentwicklung und dem Amt für Städtebau zu vertrauen. Diese funktioniert.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Ich spreche zu den beiden Anträgen, die mit dem Postulat zusammen behandelt werden. Alan David Sangines (SP) hat es bereits angesprochen: Gemäss Paragraph 48 Abs. 2 des Gemeindegesetzes ist die Organisation der Verwaltung Sache des Stadtrats. Der Gemeinderat hat keine Kompetenz bei der Organisation der Verwaltung. Wenn im Postulat nun die Schaffung einer Fachstelle für sozialräumliche Fragen in der zentralen Verwaltung des Hochbaudepartements gefordert wird und die beiden Budgetanträge die dafür nötigen Ressourcen liefern sollen, versucht der Gemeinderat, die geltende Kompetenzordnung auszuhebeln. Es handelt sich in der Sprache des Verwaltungsrechts um einen unzulässigen Budgetantrag und zwar unabhängig vom Betrag, der eingesetzt wird. Auch die Änderung des Betrags, die nun noch vorgenommen werden soll, ändert daran nichts. Der Antrag will eine organisatorische Verschiebung von Aufgaben und Ressourcen bewirken. Dies stellt offenkundig eine Verletzung der geltenden Kompetenzordnung dar. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge abzulehnen. Falls die Anträge nicht abgelehnt werden, wäre der Stadtrat gezwungen, sich an den Bezirksrat zu wenden. Ich hoffe nicht, dass das nötig sein wird. Das wünschen wir uns alle nicht. Natürlich steht aber auch hinter einem unzulässigen Antrag – und es ist sicherlich einigen Personen bewusst, dass es ein unzulässiger Antrag ist –, eine Absicht, auch wenn Walter Angst (AL) in seinen gewundenen Ausführungen versucht hat, diese zu kaschieren. Das Ziel, das dahintersteht, wird vom Stadtrat geteilt. Stadtrat André Odermatt hat es inhaltlich ausführlich dargelegt. Der Stadtrat hat bereits gehandelt und setzt dieses Ziel um und zwar ohne, wie es die Anträge und das Postulat bewirken würden, eine Schaffung von Doppelspurigkeiten. Mit der Vereinbarung zwischen der Stadtentwicklung und dem Amt für Städtebau vom November 2019 ist genau das in den Planungsprozessen beim Amt für Städtebau verbindlich geregelt, was das Postulat angeblich bewirken möchte: Eine gezielte Unterstützung der Planung der Mitarbeitenden in der Planung des Hochbaudepartements in sozialräumlichen Fragen. Das Postulat möchte einen Transfer von Know-how. Doch dieser Austausch wurde bereits institutionalisiert. Er funktioniert. Die Zusammenarbeit kann als eingespielte, gute Zusammenarbeit bezeichnet werden. Ich bitte Sie deshalb, die Budgetanträge der AL und das Begleitpostulat abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): *Wir haben grundsätzlich Sympathie für das Anliegen der AL. Wir sind aber nicht damit einverstanden, dass mit dem Antrag die Mittel transferiert werden, damit Stellen geschaffen oder umgewidmet werden können. Das Vorgehen ist rechtlich umstritten und wir möchten nicht, dass der Stadtrat mit einer derartigen Angelegenheit noch den Bezirksrat beschäftigen muss. Deshalb lehnen wir die beiden Budgetanträge zur Stellenverschiebung ab. Zum Postulat: Wir möchten eine Textänderung vorschlagen. Die eine Stelle befindet sich am Ende des Postulatstexts, wo es heisst, dass die Stellenübertragung insbesondere von der STEZ vorgenommen werden soll. Dort möchten wir die Passage zwischen den beiden Gedankenstrichen streichen. Die zweite Änderung betrifft etwas, was Walter Angst (AL) bereits erwähnt hat, nämlich, dass der Stadtrat bereits definiert hat, wo die Grundlagenarbeit stattfindet. Wir würden deshalb die Passage «Die Stelle leistet bzw. koordiniert die Grundlagenarbeit» streichen. Wenn die Textänderung angenommen würde, würde der Text somit wie folgt lauten: «Die Stelle unterstützt die in Planungsprozessen involvierten Mitarbeiter*innen des HBD. Um keine weiteren Kosten zu verursachen, soll die Fachstelle durch die Übertragung von bestehenden Stellen aus anderen Dienstabteilungen erfolgen». Wir würden uns freuen, wenn der Stadtrat das Postulat prüft und auch so weit wie möglich umsetzt. Die AL hat bereits angekündigt, dass sie die Textänderung in dieser Form annehmen würde.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir Grünliberalen unterstützen den angepassten Budgetantrag in der nun vorliegenden Ausführung. Ich möchte primär zum Postulat sprechen, das wir ebenfalls unterstützen. Die aktuelle Debatte rund um die bauliche Entwicklung von Zürich dreht sich im Wesentlichen um drei Themenkreise. Erstens: Klima und Überhitzung. Zweitens: soziale Auswirkung von baulichen Tätigkeiten. Drittens: Lärmexposition von Neubauten. Während wir mit dem Massnahmenplan zur Hitzeminderung sicher einen ersten Schritt getan haben, dass die Überhitzung nicht nur ein theoretisch wahrnehmbares Problem ist, sondern man sich effektiv Gedanken zu einer departementsübergreifenden Problembekämpfung macht, sind wir hinsichtlich der sozialräumlichen Entwicklung noch nicht gleich weit fortgeschritten. Die Kommission Stadtentwicklung durfte sich im Rahmen eines Berichts zum Überlandpark ein erstes Mal mit dem Thema Sozialraummonitoring auseinandersetzen. Schon dort hat man gesehen, dass es nicht wirklich funktioniert bezüglich der Zuständigkeiten. Man hätte das Anliegen an die Kommission Präsidialdepartement zuweisen wollen, es kam dann wieder zu uns in die Kommission Stadtentwicklung. Eines wurde jedoch klar: Mit dem Monitoring ist man immer irgendwie zu früh oder zu spät dran. Es scheint nie der richtige Moment zu sein. In der Beratung des kommunalen Siedlungsrichtplans hat sich das Thema sozialräumliche Entwicklung nochmals akzentuiert. Das Fazit aus dieser Beratung möchten wir uns für die Richtplandebatte aufsparen. Die Quintessenz bezüglich der sozialräumlichen Entwicklung können wir aber jetzt bereits kundtun. Ohne dass das HBD beziehungsweise das Amt für Städtebau stärker in das Sozialraummonitoring eingebunden*

ist, werden wir voraussichtlich vom Amt für Stadtentwicklung interessante Studien erhalten, die sicherlich vielaussagend sind, aber kaum die angestrebte Wirkung erzielen. Die SP legte dar, dass die angestrebte Wirkung in der aktuellen Konstellation bereits sehr gut erzielt wird. Wir konnten das bisher nicht erkennen. Wir Grünliberalen unterstützen, dass man das Thema der sozialen Durchmischung lösungsorientiert angeht. Die Fragen, inwiefern die historisch gewachsene, aber auch nicht immer nachvollziehbare Unterteilung zwischen Amt für Stadtentwicklung und Amt für Städtebau für die Lösungsfindung hinderlich ist oder dienlich, und ob ämterübergreifende Dienstleistungsvereinbarungen nicht auch ein Hinweis sind, dass man sich Strukturreformen überlegen sollte, müssen wir anhand des Postulats nicht abschliessend beantworten. Aber wir müssen sie uns stellen. Wir Grünliberalen teilen auch für den Mehrheitsantrag im Budget die Meinung der Postulanten, dass für die Aufgabe Ressourcen gebündelt werden sollen und keine zusätzlichen Kosten entstehen sollen. Deshalb begrüssen wir, auch wenn es unüblich ist, den vorgeschlagenen Ansatz, dass bestehende Stellen aus anderen Dienstabteilungen verschoben werden. Wir möchten gerne die Stellen der Stadtentwicklung haben, die hinzugezogen werden sollen. Wenn man aber anderswo eine Kompensationsmöglichkeit findet, ist das auch gut. Man warf uns vor, wir würden Stadtrat spielen und ins Management eingreifen. Doch es geht hier um strategische Fragen. Es geht darum, wie man an die Sache heran geht. Die sozialräumliche Entwicklung und die soziale Durchmischung ist eine wichtige Frage. Wir unterstützen das Postulat, so wie es ist, und auch die Anträge im Budget.

Walter Angst (AL): *Offensichtlich sind wir mit einem eher banalen Antrag in ein Wespennest geraten. In diesem Rat werden viele Budgetanträge und viele Postulate überwiesen. Im Vergleich dazu halte ich die vorliegenden Anträge nicht für besonders unzulässig oder sittenwidrig. Die Problematik ist, dass Stadtrat André Odermatt sagt, in der Vergangenheit sei vieles nicht sehr gut gelaufen, aber jetzt funktioniere alles gut. Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) hat richtigerweise die Frage aufgeworfen, ob man am effizientesten ist, wenn man die Aufgaben auf möglichst viele Departemente verteilt oder ob es andere Wege gibt, die eventuell zielführender sind. Unabhängig davon ist es so, dass in der heutigen Situation im Amt für Städtebau und im Hochbaudepartement die Sensibilisierung noch nicht nachweisbar stattgefunden hat. Ich könnte Beispiele nennen, zum Beispiel Studienwettbewerbe, die ausgearbeitet werden, die eine Frage der Etaprierung in einem grösseren Bauvorhaben gar nicht beinhalten. An genau jenen Punkten müsste man in den Grundlagen mitarbeiten und darauf hinweisen, dass wir viele sozialräumliche Fragen erfüllen könnten, indem wir die Möglichkeit schaffen, dass Personen dort wohnen bleiben können, wo sie bisher gewohnt haben. Man kann jede Sanierung in bewohntem Zustand machen. Im Notfall kann man es so handhaben, dass Leute ausziehen und dann wieder einziehen. Das wissen die Mietrechtler im Rat. Das wird definitiv nie thematisiert. Sogar die Liegenschaftenverwaltung beginnt, in die andere Richtung zu gehen. Es findet eine Auswechslung der Bevölkerung statt. Das wäre nicht nötig. Es wird zu einer Glaubensfrage hochstilisiert. Die SP behauptet, es funktioniere alles sehr*

gut, der Schalter sei bereits umgelegt, man habe einen Plan erhalten, man würde sensibilisieren, die vulnerablen Gruppen unterstützen. Es geht aber nicht um die vulnerablen Gruppen. Der Widerstand gegen die Verdichtung kommt von dort, wo man Personen, die seit langer Zeit in einem Quartier verankert sind, gerade ältere Leute, aus ihren Wohnungen wirft und delogiert. Dort macht die SP auf eine Art und Weise mit, die diese Prozesse sogar noch verstärkt, anstatt sie zu moderieren und umzukehren. Die Angelegenheit wird auf die Glaubensfrage reduziert, ob man sagt, es sei super, was bereits getan wurde, die ganze Abteilung sei auf einem anderen Kurs, oder ob man sagt, das stimme nicht, man müsste hin und wieder etwas nachhelfen. Nachhelfen heisst in einer parlamentarischen Demokratie, dass man im Parlament definiert, was man anders haben will und Vorstösse einreicht, wie man dies umsetzen könnte. Wir möchten lediglich, dass Personen innerhalb der Struktur des Hochbaudepartements arbeiten, die sich auf diese Fragen fokussieren und in diesem Bereich einen Schritt vorwärts gehen. Ansonsten werden die Leute in Nachbarschaften die Entwicklungen nicht mehr mitmachen und die Stadt wird einen zunehmenden Druck gegen solche Umsetzungen verspüren. Es braucht Private, die mitmachen, es braucht allenfalls auch Leute, die mietrechtlich arbeiten, es braucht aber auch die Verwaltung, die Bauträger, die Liegenschaftenverwaltung, damit man sieht, dass Verdichtung anders verlaufen kann als einfach Wohnbauten abzubrechen und neu zu erstellen.

Sven Sobernheim (GLP): Vor wenigen Wochen haben wir mit einer Interpellation ein Departement für Mobilität gefordert. Die Stadtpräsidentin sagte damals, man könne nicht jede Schnittstelle lösen, es würde immer Schnittstellen geben. Hier befinden wir uns aber nun an einem Punkt, wo wir eine Schnittstelle aufheben können, die unnötigerweise besteht. Dass die Schnittstelle nicht funktioniert, durften wir in der BeKo vor wenigen Wochen erfahren, wo sich auf eine Frage das Amt für Städtebau und die Stadtentwicklung gegenseitig anblickten und sich fragten, wer auf diese Frage antworten solle. Das Problem besteht tatsächlich. Historisch gewachsen im Präsidialdepartement handelt es sich um eine Aufgabe, die mittlerweile so elementar geworden ist, dass sie näher am Thema angesiedelt werden müsste. Stadtrat André Odermatt sagte, dass man das ein Stück weit erkannt hat. Das stimmt. Die Mitarbeitenden der Stadtentwicklung dürfen jetzt im Baukollegium mitwirken, ihre Sachen vorstellen oder bei Grossarealentwicklungen Hinweise an das Baukollegium geben. Sie sind aber trotzdem noch ein Fremdkörper. Wenn ich übrigens auf der städtischen Webseite als Suchbegriff «Stadtentwicklung» eingebe, finde ich alles Mögliche. Es tauchen vor allem das Hochbaudepartement auf, ein bisschen Umwelt- und Gesundheitsschutz, nicht aber das Präsidialdepartement. Das ist ein Symbol für mich, das zeigt, dass das Thema dort in einer Nische zu Hause ist und man dies ändern muss. Wenn die Stadtpräsidentin sagt, sie müsste wegen uns vor den Bezirksrat, dann ist es nun einmal so. Man war auch schon wegen der SP vor dem Bezirksrat. Dieses Mal sind dann wir schuld. Wenn Alan David Sangines (SP) sagt, wir hätten die Kompetenz für diese Entscheidungen nicht, sondern die einzige Kompetenz, die wir hätten, wäre, mehr Stellen zu sprechen, muss ich sagen: Auch diese Kompetenz haben wir nicht. Wir dürften weder mehr Stellen geben, noch Stellen streichen

oder Stellen umteilen. Denn der Stellenplan ist ebenfalls Sache des Stadtrats. Der härteste Job liegt aber wohl bei Stadtrat André Odermatt, der das Postulat ablehnen musste, obwohl er die Kompetenz vermutlich gerne bei sich im Amt hätte und die Schlagkraft, die wir ihm so geben möchten, nutzen könnte. Er hat sich auch in einem Punkt widersprochen. Er sagte, wir könnten im Baubewilligungsverfahren nichts einfordern, das nicht rechtens ist. Das stimmt. Wir können aber Empfehlungen machen. Und dies bestätigte er später, indem er sagte, umso früher man beraten würde, umso eher würde sich etwas entwickeln. Die Beratung hat auch keine gesetzliche Grundlage, sondern ist eine Serviceleistung, die wir erbringen, die wir mit einer guten Kompetenz erbringen müssen. Dafür sprechen wir immer wieder Stellen. Dies soll beim Hochbaudepartement zentral gemacht werden, damit die Projekte auf eine höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung stossen. Das sage ich auch als grosszügiger Befürworter des Gestaltungsplans Thurgauerstrasse. Es waren nicht alle begeistert von dem, was wir geplant haben. Man kann nicht so tun, als ob wir auf alles geachtet hätten. Wir haben auf die Bevölkerung geachtet. Wir haben darauf geachtet, was passiert: Wir überbauen Land, das bisher nicht überbaut war, mit Wohnbauten. Aber es wäre falsch und beschönigend, so zu tun, als ob die Stadt dies von Anfang an erkannt hätte.

Ernst Danner (EVP): Die Anträge sind aus meiner Sicht eine abwegige Angelegenheit. Das betrifft nicht nur den Geldtransfer, sondern auch das Postulat. Ich möchte es in mehreren Punkten erklären. Punkt 1: Die Zuständigkeit liegt beim Stadtrat und nicht beim Gemeinderat. Mich erstaunt, dass Fraktionen wie FDP und GLP, die sonst immer gut auf diese Abgrenzungen achten, diese Anträge einfach so unterstützen. Der Grund, man wolle Schnittstellen beseitigen, ist überhaupt nicht zutreffend. Man schafft einfach andere Schnittstellen. Punkt 2 betrifft die Stadtentwicklung. Wenn es überhaupt einen Sinn ergeben soll, dann muss sie bei den sozialräumlichen Fragen mitreden können. Der Grund, dass man die Abteilung hat, ist, dass es nicht nur eine Baufrage ist, sondern dass die Stadtentwicklung als Ganzes betrachtet wird und darum die Abteilung eine weitere Perspektive hat. Sie sieht die Gesamtzusammenhänge, die wir wahren müssen. Deshalb ist es auch richtig, dass die sozialräumlichen Fragen dort angesiedelt sind und das Know-how dann an die richtigen Stellen fliesst. Die Stadtentwicklung muss sich nicht nur hinsichtlich des Hochbaudepartements einbringen, sondern in Bezug auf alle Departemente. Wenn das nicht mehr funktioniert, haben wir ein gröberes Problem in der Stadtverwaltung. Dann müssen wir näher an die Wurzeln gehen. Wir haben eine Stabstelle, die für die geforderte Aufgabe zuständig ist. Deshalb nützt eine Stabstelle im Hochbauamt nichts. Wenn die Stabstelle bei der Stadtentwicklung nichts nützt, nützt sie auch beim Hochbauamt nichts, und zwar deswegen, weil die Betonmauern zwischen einer Stabstelle im Departement und den Ämtern ebenso hoch und dicht sein können wie Betonmauern zwischen den Departementen. Das liegt nicht an der Organisation, sondern an den Personen, die miteinander sprechen. Wenn sie zusammen sprechen können, können sie überall Tunnels bauen. Jene, die dies nicht wollen, bauen überall Mauern. Daran ändert auch der vorgeschlagene Transfer nichts. Der letzte Punkt schliess-

lich betrifft folgende Thematik: Wenn sich die Stabsstelle im Hochbaudepartement befindet, ist sie gefährlich nahe beim Bauamt, bei den Baubewilligungen, bei denen es sich um eine hoheitliche Eingriffsverwaltungstätigkeit handelt. Wenn dort Empfehlungen vorkommen, sind diese nicht ganz harmlos. Es führt zu einer Vermischung von Recht und Politik. Deshalb möchte ich insbesondere die liberale Seite bitten, ihre Haltung nochmals zu überdenken und die Anträge abzulehnen.

Thomas Schwendener (SVP): *Wir waren bisher in der Mehrheit, um das Anliegen zu unterstützen. Stadtpräsidentin Corine Mauch konnte uns nun aber von der Rechtswidrigkeit überzeugen. Zweitens: Aus unserer Sicht wird im Hochbaudepartement bereits genug getan. Emanuel Eugster (SVP) hat gestern nochmals mit Stadtrat André Odermatt gesprochen. Wir sind in der Fraktion heute zum Entscheid gelangt, dass wir von der Mehrheit in die Minderheit wechseln und das Postulat ablehnen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Es wurde in den vorhergehenden Voten bereits genügend darauf eingegangen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Oft ist es gut, wenn man eine Vogelperspektive einnimmt und sich nicht auf den kleinsten Ausschnitt konzentriert. Der Sprecher der AL sprach von Widerstand gegen die Verdichtung und er sagte, es fände eine Bevölkerungsauswechslung statt, die nicht nötig sei. Ich habe ihm in einem anderen Votum einmal gesagt, dass wir in der Stadt gar nicht bestimmen können, was abläuft. Denn die externen Einflüsse, die wir durch die Einwanderung haben, diktieren uns das Heft. Sie geben uns vor, was in der Stadt passiert. Wir als lokale Politiker können nicht entscheiden, ob wir verdichten wollen, ob wir wollen, dass der Kreis 4 massiv aufgewertet wird, ob dort teure Loftwohnungen entstehen und ob ganz viele Leute sich eine Wohnung in der Stadt nicht mehr leisten können und deshalb in die Agglomeration hinausgedrängt werden. Ich habe es schon oft gesagt: Es wird der Zeitpunkt kommen, zu dem auch von der linken Seite Widerstand gegen die Entwicklung in der Einwanderungspolitik kommen wird. Es gibt immer mehr Voten im Rat, die mir Recht geben. Es wird immer mehr davon gesprochen, dass man keinen Platz hat, dass es Widerstand gegen die Verdichtung gibt. Die Ratsmitglieder benennen Probleme im kleinsten Nenner, blenden aber die Vogelperspektive, den grossen Kontext, immer noch aus. Seit 2007 sind 59 000 Personen neu in die Stadt gezogen. Das entspricht einem Wachstum von 17 %. Man merkt, dass wir in der Stadt an die Grenzen der Aufnahme kommen. Es sollen aber nochmals 80 000 bis 120 000 Leute in die Stadt kommen. Ich freue mich, wenn künftig auch die anderen Parteien je länger je mehr der SVP recht geben müssen, dass man die Einwanderung begrenzen muss.*

49 / 50

S. 126	15 1505 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat				4 996 000	Minderheit
			150 000		4 846 000	Mehrheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP) Walter Angst (AL) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Begründung: Kompensation Aufbau Fachabteilung «Sozialräumliche Fragen im Planungsprozess» im HBD

Walter Angst (AL) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Kürzung um 150 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 059.

Wortmeldungen siehe Antrag 005.

S. 296	40 4000 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				4 109 900	Minderheit
				150 000	4 259 900	Mehrheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP) Walter Angst (AL) Referent, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

50 / 50

Begründung: Mittel für Aufbau Fachabteilung «Sozialräumliche Fragen im Planungsprozess»

Walter Angst (AL) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 150 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 78 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 122, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat